



# Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 10. April 2025, um 9:00 Uhr

- Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
- Abwesende:** *Tobias Christ (GLP), Raffaella Hanauer (GP), Beda Baumgartner (SP), Heidi Mück (BastA), Nicola Goepfert (BastA), Annina von Falkenstein (LDP).*

## Verhandlungsgegenstände:

- 47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR ..... 2
- 48. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR ..... 8
- 49. Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR ..... 10
- 50. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR ..... 14
- 51. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR ..... 15
- 52. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob, Schreiben des RR ..... 17
- 53. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, Stellungnahme des RR ..... 17
- 54. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR ..... 20
- 55. Budgetpostulat 2025 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt), Schreiben des RR ..... 24
- 56. Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR ..... 25
- 57. Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR ..... 26
- 58. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR ..... 30
- 59. Motion Joël Thuring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR ..... 32



## Beginn der 11. Sitzung

Donnerstag, 10. April 2025, 09:00 Uhr

### 47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

[10.04.25 09:00:11, 24.5396.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Hinweis auf einen Anlass der Kulturgruppe: Der erste Anlass der Kulturgruppe findet in der Fondation Beyeler neu am Donnerstag, 26. Juni, 18 Uhr 30 und nicht wie ursprünglich kommuniziert am 14. Mai statt. Anmelden für den Anlass können Sie sich bei Joël Thüring.

Erste Grossratspräsidentin: Vielleicht haben Sie sie übersehen, aber auf den letzten Stufen zum Grossratsaal in der Eingangshalle sind Sie vorher am Bronzeporträt von Gertrud Spiess vorbeigelaufen. Heute vor 50 Jahren, am 10. April 1975, hat der Grosse Rat sie zur ersten Grossratspräsidentin gewählt. Gertrud Spiess wurde damit auch die erste Präsidentin eines Deutschschweizer Kantonsparlaments. Die Gymnasiallehrerin und CVP-Vertreterin gehörte 1968 zu den ersten Frauen, die in den Grossen Rat einziehen konnten, und im Jahr ihres Grossratspräsidiums 1975 wurde Gertrud Spiess dann auch zur ersten Basler Nationalrätin gewählt. Werfen Sie beim Verlassen des Rathauses doch wieder einmal einen Blick auf die Pionierin der Basler Politik. Sie ist bis heute die einzige Politikerin, die in der reichen Bilderwelt des Rathauses Sichtbarkeit erhalten hat. Die Büste schmückt die Eingangshalle seit 2018 zum Anlass 50 Jahre Frauen im Basler Parlament. Beim Eingang liegen die Broschüren dazu auf.

Dies waren meine Mitteilungen (*Applaus*). Wir fahren fort mit Traktandum 47. Herr Gmür hat sich gestern noch gemeldet als Fraktionssprecher. Dann haben wir die Reihenfolge wieder genau so hergestellt, wie wir sie gestern verlassen haben.

Dann bitte ich nun die Patrizia Bernasconi als Fraktionssprecherin der BastA nach vorne.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* In den letzten Jahren stand das Bau- und Gastgewerbeinspektorat immer wieder im Zentrum öffentlicher Diskussion und stand massiv unter Beschuss. Das BGI war im weitesten Sinn nicht erreichbar, die Pendenzenliste wuchs stetig und die Wartezeit auf eine Bearbeitung von Gesuchen nahm dramatisch zu. Der Grund dafür lag vor allem in der Tatsache, dass viele Stellen, aus welchen Gründen auch immer, im BGI vakant waren und dazu kam eine hohe Abwesenheitsquote aufgrund von Krankheit. Die Situation im BGI war also alles andere als zufriedenstellend.

Im Jahr 2022 hörten wir von Seiten der Regierung immer wieder beschönigende Aussagen über sogenannte Engpässe, doch in Realität sah es anders aus. Es ging schlichtweg nichts mehr voran. In der Folge berichteten sowohl die Geschäftsprüfungskommission als auch die Finanzkommission über die schwierige Lage und die damit verbundenen Probleme. Doch im Laufe des Jahres 2023 zeigte sich ein Wendepunkt. Die Situation begann sich allmählich zu beruhigen und stabilisieren. Neue Stellen wurden geschaffen, vakante Positionen wurden besetzt und ein neues System zur Bearbeitung der Gesuche wurde eingeführt. Das haben wir gestern auch von Regierungsrätin Esther Keller gehört. Diese Massnahmen führten dazu, dass die Pendenzenliste allmählich abgebaut werden konnte. Doch auch wenn sich die Lage verbessert hat, kann es sein, dass es noch immer nicht perfekt ist.

Trotzdem erkennen wir die neuen Ansätze der Regierungsrat als sinnvoll an. Das neue System ist effizienter, es ermöglicht den Bauinspektor:innen ein umfassendes Wissen über die gesamte Stadt zu erlangen. Stellvertretungen sind nun einfacher möglich, die Wartezeiten werden verkürzt. Wenn das Problem aber darin besteht, dass den Bauherrschaften, je nach Quartier, Ansprechpartner:innen fehlen, sollte eine Lösung in dieser Richtung gefunden werden, anstatt das gesamte System in Frage zu stellen. Es ist wichtig, dass wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die neue Praxis bietet durchaus Potenzial, wenn wir gezielt an noch bestehenden Schwachstellen arbeiten. Und das hat Regierungsrätin Esther Keller in Aussicht gestellt, beziehungsweise sie ist schon daran, wie sie gestern erwähnt hat.

Deshalb stimmen wir dem Antrag des Regierungsrats zu. Wir sind der Überzeugung, dass diese Änderungen eine positive Entwicklung darstellen und der weiteren Verbesserung des BGI dienen. Auf die Frage, ob die Motion rechtlich zulässig ist



oder nicht, gehe ich nicht ein, nicht weil ich mit dem Regierungsrat einverstanden bin, sondern weil die Frage über die Wirkung von Motionen auf das Funktionieren der Verwaltung immer noch nicht geklärt ist, und da haben wir ständigen Streit zwischen Regierungsrat und Grosse Rat. Aus diesem Grund gehe ich jetzt darauf nicht ein.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Gmür für die SP.

*Daniel Gmür (SP):* Ich darf Ihnen im Namen der SP-Fraktion die Überweisung als Motion nahelegen. Zuerst und ein weiteres Mal, wir haben es schon gehört, zur rechtlichen Zulässigkeit diese Motion: Ich werde mich kurz dazu äussern, auch wenn wir schon gehört haben, dass es immer wieder ein Problem ist.

Sie sehen mich zum ersten Mal hier vorne und wissen deswegen wahrscheinlich, dass das meine erste Legislatur ist und ich bin noch nicht so lange in diesem Rat und trotzdem jetzt bin ich schon an diesem Punkt angelangt, wo ich wirklich erstaunt bin, wie oft angeblich eine Motion in diesem Rat unzulässig ist und wie oft sie dann trotzdem überwiesen wird.

Zugegebenermassen verlangt ja diese Motion einen Eingriff in die Verwaltungsorganisation. Ja, das ist so. Was die Motion aber hier im Ergebnis verlangt, ist zu vergleichen mit einer örtlichen Zuständigkeit in einer Verwaltungseinheit. Das mag die Verwaltungsjurist:innen im kleinräumigen Kanton Basel-Stadt vielleicht ein bisschen überraschen, aber schauen wir in grossräumigere Kantone, dann sehen wir da sehr oft eine Bezirkseinteilung in diversen Verwaltungseinheiten, und wieso dürfen wir das nicht per Motion in Basel-Stadt einführen?

Wenn ich mir anschau, wo die Zulässigkeit einer Motion wirklich streitig ist und was hier manchmal die Lösungen sind, die präsentiert werden, dann komme ich zum Schluss, dass ich glaube, dass das Argument der rechtlichen Zulässigkeit doch sehr oft übereinstimmt mit dem Einverständnis zur Motion, inhaltlich selbst. Das sehen wir, wenn es kein Problem war, per Motion die Auslagerung einer Verwaltungseinheit in eine andere zu machen. Das haben wir zum Beispiel bei der Kriminalpolizei gesehen, das sehen wir auch, wenn wir zum Beispiel bei einzelnen Ratsmitgliedern sehen, dass sie bei ihren eigenen Motionen, zum Beispiel zu den Öffnungszeiten im BGI, wenn ich wörtlich zitieren darf, sagen: «Selbstverständlich darf der Grosse Rat hier übersteuern, der Grosse Rat-Gang bei jeder Tätigkeit der Verwaltung übersteuern.» Ein paar Jahre später steht der gleiche Ratskollege hier und sagt, dass wir zwar die Öffnungszeiten übersteuern dürfen, aber nicht örtliche Zuständigkeiten einführen.

Ich sehe das ein bisschen weniger absolut als dieser Ratskollege ähnlich, gehe aber davon aus, dass wir als Rat, der die Oberaufsicht über die Verwaltung hat, auf jeden Fall ab einem gewissen Punkt mit der stärksten Mittel, einer Motion, eingreifen dürfen. Nun jedenfalls scheint mir vor diesem Hintergrund und aus demokratiepolitischer Sicht klar, dass wir als Oberaufsicht in einer Funktion sind, in der wir dazu schauen müssen, dass wir im Zweifelsfall für die Zulässigkeit gesetzgeberischer Tätigkeit votieren.

Nun inhaltlich zur Motion: Der Leidensdruck ist gross, der Leidensdruck ist so gross, dass wir ein starkes Mittel wie zum Beispiel das Mittel der Motion wählen müssen. Ja, auch ich stelle in Frage, ob das Gebietsprinzip das Allerheilmittel ist. Was ich aber sehe, ist, dass der Regierungsrat sich weigert, hier eine Alternativlösung zu bringen. Hätten die Motionäre ein besseres Mittel wählen können? Ja, vielleicht. Hat der Regierungsrat uns ein besseres Mittel präsentiert? Nein, hat er nicht. In diesem Rat wurde Ihnen ja die im Mai 2024 publizierte Umfrage des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein SIA Basel präsentiert, wo Sie gesehen haben, dass das BGI die Note ungenügend erhält. 89,1 Prozent der mindestens 160 Befragten haben explizit die Abschaffung des Gebietsprinzips als nicht zielführende Massnahme eingeschätzt.

Es ist nicht nur so, dass Anfragen beim BGI verzögert beantwortet werden. Ich habe Erfahrungsberichte bekommen, dass gewisse Anfragen gar nicht mehr beantwortet werden oder einfach pauschal auf das generelle Baubegehren verwiesen wird. Mit dem gefallen Gebietsprinzip scheint sich irgendwie eine Verantwortungsdiffusion im BGI eingeschlichen zu haben. Die Dienstleistungsorientierung des BGI wurde dadurch massiv geschwächt. Da sich der Regierungsrat gegen eine Lösung zu wehren scheint, ist wie gesagt hier das Mittel der Motion mit einer konkreten Massnahme das einzig Gewinnbringende, um etwas in Bewegung zu bringen.

Da das Gebietsprinzip dann als Mittel eingeschätzt wurde, dessen Abschaffung eine Schwächung der Dienstleistungsorientierung gebracht hat, erscheint uns durchaus angebracht, dieses Mittel wieder einzuführen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Rat hier für Alternativvorschläge offen ist. Deswegen, Frau Regierungsrätin, ein Appell ganz persönlich von mir, wenn Sie bessere Lösungsvorschläge bringen, bin ich davon überzeugt, dass dieser Rat diese seriös prüfen will. Solange das nicht so ist, ist es halt das Gebietsprinzip.

Das regierungsrätlich angeführte Argument der Arbeitgeberattraktivität scheint mir jedenfalls in keinem Widerspruch zu sein zum Gebietsprinzip. Die Motion verlangt nicht, dass eine Einzelperson mit einem 100 Prozent Pensum für ein Gebiet zuständig sein muss, und wenn die Stellungnahme des Regierungsrats meint, Schwankungen können durch das Gebietsprinzip besser aufgefangen werden, möchte ich auch hier explizit auf die Motion verweisen, die explizit vorsieht, dass



es auch gebietsunabhängige Springer:innen geben soll. Was haben wir also hier? Die Wiedereinführung des Gebietsprinzips mit den gebietsunabhängigen Springer:innen, eine Win-Win-Situation.

In diesem Sinne lege ich Ihnen die Überweisung als Motion nahe.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Ja, die Situation im BVD ist leider noch nicht so gut, wie wir es gerne hätten, und man spürt keine Verbesserung. Auch aus meiner Riehener Sicht als Gemeinderat gehört diese Motion unbedingt überwiesen, um den Druck maximal zu erhöhen. Einige Lösungsansätze konnten zwar am Runden Tisch besprochen werden, leider folgte aber kein Versuch, die Anliegen und das Besprochene auch wirklich umzusetzen und etwas zu ändern. Das Fazit: Ein Runder Tisch nützt eigentlich nichts. Ja, man nahm eher das Gegenteil wahr. Von Zusammenarbeit kann leider nicht gesprochen werden. Die Schäden haben am Schluss die Bauherren, die die Baubewilligung erwarten, welche falsch beraten werden und unnötige Aufwände haben. Die Regierungsrätin hat zwar gestern von Besserung gesprochen und dass sich die Situation beruhige, aber ich bin mir da nicht so sicher, und ich kann das leider nicht bestätigen.

Vielleicht noch an das BVD: Wenn eine Baueingabe gemacht wurde, ist die Planung abgeschlossen und die Kosten sind entstanden. Die Verzinsung läuft und ja vermutlich auch auf dem Grundstück, und das bedingt auch, dass die Zeit möglichst kurz sein soll, bis die Bewilligung erteilt werden kann. Die Verzögerung der Projekte ergibt unmutige Bauherren, und das wollen wir doch eigentlich nicht. Und irgendwie ist vermischt, dass Bewilligungsverfahren eher in der Steinzeit als auf dem Weg in eine Digitalisierung, so wie wir es gerne hätten. Als Beispiel, wenn man Austauschpläne einsendet und nach sieben Wochen nichts hört, dann erhält man zur Antwort, man müsse die Pläne 1 kennen, dass man sie anschliessend den Ämtern zustellen kann, das brauche halt Zeit. Ein Angebot von den Bauherren, die Pläne digital abzugeben, wird nicht akzeptiert. Also zum Verstehen, man liefert Papier ab, das wird nachher eingescannt. Von Kundenfreundlichkeit kann ich da nicht reden. Man benimmt sich eher wie ein König, darum findet man die Motion logischerweise als rechtlich nicht zulässig. Wer hat es schon gerne, wenn einer am Thron rüttelt.

Auch ich bin schlussendlich ist gespannt auf die Auswirkung der Digitalisierung, wie sie denn funktionieren sollte. Vermutlich geht das nach lange und ich bin gespannt und hoffe nun wirklich, dass sich etwas grundlegend ändert. Danke für die Überweisung als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich spreche eigentlich nur, weil ich gestern Oliver Bolliger gesagt habe, er handle nicht rechtsstaatlich mit seinem Anliegen, als er eine absolut unzulässige Motion rechtlich dann durchsetzen wollte.

Ich glaube, das müssen wir zugestehen, diese Motion ist sicherlich stark im Graubereich und ich habe letztes Jahr eine schriftliche Anfrage betreffend Unabhängigkeit des zentralen Rechtsdienstes insbesondere bei der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit von Motionen gestellt. Die wurde dann auch beantwortet und ich habe noch eine Replik geschrieben. Dort habe ich ein Organstreitverfahren vorgeschlagen, wo dann richterlich geklärt werden könnte durch unser Verfassungsgericht, ob da wirklich eine Motion zulässig ist oder nicht. Daran hat die Regierung keine Freude gehabt. Wenn wir ein Gesetz vorgeschlagen hätten, dann hätte die Regierung wahrscheinlich nicht sagen können, das sei richtig unzulässig, aber, es würde sehr lange dauern.

Jetzt wirken wir nicht auf den Einzelfall ein, aber wir greifen relativ tief in die Organisation einer Abteilung ein. Ich glaube, wie es jetzt rechtlich ist, kann die Regierung nachher sagen, der Grosse Rat hat überwiesen, das ist rechtswidrig, wir kümmern uns nicht darum. Ob das politisch klug ist, muss die Regierung selber beurteilen. Wir haben keine Sanktionsmöglichkeit. Insofern bleibt die Regierung frei. Sie kann dann in allen möglichen Berichten getadelt werden.

Ich hoffe aber, dass die Regierung hier wirklich Einsicht hat, denn dieses Amt ist ein Problemkind. Alle erzieherischen Massnahmen haben bis jetzt nicht viel gefruchtet. Die Regierung war in vielem sehr widerspenstig und unbelehrbar. Und ich glaube, darum ist es politisch ein zulässiges Zeichen, diese Motion als Motion zu überweisen, auch wenn sie sehr stark in der Grauzone ist. Wir greifen nicht in den Einzelfall ein. Wir verletzen auch keine Rechtspositionen Dritter, und daher kann ich mit gutem Gewissen hier einer Überweisung als Motion zustimmen, mit dem Wissen, dass wir die Regierung wahrscheinlich hier nicht rechtlich binden können und es auch keine gerichtliche Möglichkeit gibt zu klären, wer da rechtlich wirklich recht hat. Und in diesem Sinne bitte ich Sie als erzieherische Massnahme, diese Motion zu überweisen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich wollte eigentlich nicht sprechen. Ich fühle mich jetzt aber doch genötigt, weil mein lieber Freund David Jenny und auch David Gmür vorher gesagt haben, diese Motion könne man überweisen, weil man ja mit dem Inhalt einverstanden sei. Sie haben es nicht so überspitzt gesagt. Ich muss Ihnen beiden sagen, ich bin sehr einverstanden mit dem Inhalt der Motion, ich bin aber dezidiert der Meinung, dass es eine Motion ist, die so nicht zulässig ist. Wir können nicht je nachdem ob es uns gefällt oder nicht, sagen, die Motion ist zulässig oder nicht, sondern wir selber sind auch als Oberaufsichtsbehörde an das gebunden, was wir als Recht gesetzt haben. Und wir haben nun mal die Motion definiert, wir haben den Anzug definiert, und hier wird klar in die Organisationsautonomie der Regierung eingegriffen. Aber wenn ich das noch so gerne hätte, auch wenn ich es genauso sehe wie David Jenny, hier muss gehandelt werden, und obwohl mein Fraktionskollege Daniel Albietz die Motion mitunterzeichnet hat, er weiss, dass ich das nur als Anzug unterstützen kann, weil wir uns selber bitte auch als Oberaufsichtsbehörde nicht als Übergesetzgeber verhandeln dürfen, sondern wir sind auch an unsere eigenen Regeln gebunden. Und hier ist es für mich klar, man hätte diese Motion mit dem gleichen Inhalt anders schreiben können, hätte das gleiche Ziel erreicht, aber so wie sie jetzt verfasst ist, kann man sie leider nur als Anzug überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben uns jetzt den Antrag gestellt, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Ich möchte nicht nochmals alles wiederholen, das wir gestern Abend und heute Morgen schon gehört haben zu diesem Thema, ich möchte aber beliebt machen, wie man Mitmotionär, diese Motions zur Erfüllung an die Regierung zu überweisen. Die restliche Würdigung war schon ein Thema bei der ersten Diskussion in diesem Rat und sie greift einen valablen Punkt auf, ist meines Erachtens jedoch nicht so zentral, weil dies nicht ein juristischer Druck sein sollte, sondern ein politischer. Ein politischer Druck, da über 70 Parlamentarier:innen die Motion bei der ersten Überweisungen unterstützt haben, über 70, und ein politischer Druck, weil die Verbände SIA und der BSA ganz klar waren in ihrer Aussage, dass hier eine Veränderung herbeigeführt werden muss.

Die Departementsvorsteherin hat gestern in ihrem Votum erklärt, dass sie immer im Austausch steht mit den Branchenverbänden und ich habe das auch gemacht. Ich wollte nicht in einem Blindflug diese Motion ein zweites Mal zur Erfüllung überweisen und habe gefragt: Ist es denn für euch zentral, dass wir weiter auf diesem Kurs bleiben oder reicht es entsprechend der Beantwortung, wenn wir davon absehen oder auf einen Anzug wechseln. Und mir wurde dann gesagt, dass es ganz entscheidend ist, auf diesem Kurs weiter zu bleiben. Darum bitte ich Sie, einfach als politisches Zeichen, die Motion zur Erfüllung zu überweisen.

Und vielleicht noch zur Aussage, die in der Rückmeldung in der Beantwortung der Regierung geäussert wurde, dass die Fristen durch die Änderung der Gebietszuständigkeit nun besser eingehalten werden. Das würde ich meinen, ist es nur zum Teil die ganze Wahrheit. Das wurde auch schon gestern gesagt. Wir sind das kritisch, weil wahrscheinlicher ist, dass dies auch auf das zusätzliche Personal zurückzuführen ist, was ja grundsätzlich positiv ist. Und auch traurigerweise ist auch der Rückgang der Baugesuche sicher auch mitentscheidend, dass der Stapel weniger gross ist.

Damit möchte ich abschliessen und noch einmal die Empfehlung auch von meiner Fraktion, der LDP, an Sie richten, diese Motion als Motion zur Erfüllung zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Sie haben erwähnt, dass Sie mit Architekten und Bauherren gesprochen haben in Bezug auf dieses BGI und ich wollte fragen, ob das die einzigen Anspruchsgruppen sind, die auf das BGI einwirken.

*Michael Hug (LDP):* Nein. Ich weiss nicht, was Sie genau mit einwirken meinen, aber sie sind sicherlich nicht die einzige Anspruchsgruppe, die in Wechselwirkung mit dem BGI steht. Aber die Planungsbehörden sind sicher die, die am meisten betroffen sind von diesem Prozess.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Daniel Albietz.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Nachdem jetzt aus meiner eigenen Fraktion noch Widerstand gegen die Motion gekommen ist, möchte ich doch noch, nicht eine juristische Diskussion weiterführen, sondern etwas klarstellen. Ich war ja in verschiedenen Rollen in der Politik tätig, einerseits zwölf Jahre in der Exekutive in Riehen und jetzt als Parlamentarier. Ich bin aber auch Jurist, das weiss man. Und hier möchte ich klarstellen, dass ich in diesem Hause in erster Linie Politiker bin und in zweiter Linie Jurist. Und ich musste selber Lernen von gewissen Hochschulansprüchen Abschied zu nehmen, damit politische Ziele klar formuliert werden können und es dann eben der Regierung überlassen ist, wie sie darauf reagiert. Es soll ein klarer Wille zum Ausdruck kommen. Wir haben dies diskutiert gestern bei dieser Rahmenausgabebewilligung, ist das das richtige Instrument, ist es die richtige Vorgehensweise. Die Regierung ist immer frei, nach der zweiten Überweisung einer Motion eine Lösung vorzuschlagen, die rechtlich korrekt ist.

Es ist auch überhöht zu erwarten, dass ein Parlamentarier in allen Gesetzestexten zu Hause ist und dann die juristisch ausgewogene Lösung bringt. Vorstösse sind keine Rechtsschriften, sondern äussern einen politischen Willen. Und sie müssen formaljuristisch nicht immer der reinen Lehre genügen. Das sage ich nach vier Jahren Grossrat, ich habe dazu gelernt und bin pragmatisch geworden. Das ist ab und zu ein Schmerz wahrscheinlich für die Rechtsabteilungen dieses Kantons, aber damit kann ich leben.

Und was das BG betrifft, habe ich tatsächlich ein politisches Ziel und das wird hier drin von vielen Leuten geteilt, nämlich Effizienz, Kundenfreundlichkeit und Augenmass ins BGI zurückzubringen und den grassierenden Formalismus nach Möglichkeit zu beenden in absehbarer Zeit. Und wenn die Vorsteherin des BVD dies nicht hinreichend umsetzt, muss eben durch das Parlament mittels Feinjustierung nachgeholfen werden. Mir wäre es auch lieber, es würde von Seiten der Vorsteherin gehandelt, aber es braucht offenbar ab und zu Remedur durch das Parlament.

Indirekt wird zudem in der Motionsbeantwortung behauptet, die Aufhebung des Gebietsprinzips habe zu einem Abbau des Pendenzenbergs geführt. Das wird zumindest angedeutet. Mit Verlaub, das ist Schönfärberei. Der Abbau geschah vor allem wegen eines massiven Rückgangs der Baugesuche aufgrund eines Rückgangs der Bautätigkeit in diesem Kanton aus bekannten Gründen.

Das BGI hat früher einmal während Jahren sehr gut funktioniert und das soll wieder so werden. Darum bitte ich Sie, die Motion als Motion zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Knellwolf. Sie wird entgegengenommen.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Ich will Daniel Albietz gar nicht widersprechen, sondern ihn nur um eine Ergänzung bitten. Effizienz, Kundenfreundlichkeit, man könnte doch vielleicht auch noch Rechtmässigkeit anfügen?

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Das meinte ich mit dem grassierenden Formalismus und dem fehlenden Ermessen auf diesem Amt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht zuerst zur rechtlichen Zulässigkeit. Sie wissen, ich bin keine Juristin, aber es ist mir wirklich wichtig, das ist keine politische Einschätzung. Der zentrale Rechtsdienst beim Justiz- und Sicherheitsdepartement macht diese Einschätzung und es wird nicht abgeändert durch die Regierung, einfach dass ich das hier noch einmal klarstellen kann. Das ist keine politische Einschätzung und wir verstecken uns auch nicht hinter dieser Unzulässigkeitserklärung, im Gegenteil, wir wissen, dass eine Beurteilung als unzulässig meistens eher noch mehr Vehemenz zum Protest auslöst als das Gegenteil. Also glauben Sie mir, es wäre keine schlaue Art und Weise, das als Mittel zu nutzen.

Dann zum Inhalt: Ich bin sehr dankbar, dass Sie auch jetzt eben am Mikrophon auch im Zusammenhang mit der Frage, ob die Motion überhaupt zulässig ist, uns gewisse Freiheiten eingeräumt haben. Ich glaube, das ist sehr wichtig und eben der Punkt, weshalb der zentrale Rechtsdienst diese Motion auch als unzulässig eingeschätzt hat, weil sie eben zu tief in die Organisation eingreift. Wenn Sie uns da gewisse Freiheiten geben, möglicherweise eben auch als Überweisung als Anzug, dann werden wir das gerne anschauen. Und das ist mir auch wichtig, Daniel Gmür, das fand ich nicht ganz fair. Wir haben in unserem Schreiben angekündigt, dass wir uns das anschauen werden, evaluieren werden, aber es wäre nicht besonders



sorgfältig von mir, die Evaluation vorwegzunehmen und Ihnen schon heute eine Lösung zu präsentieren, bevor wir uns das angeschaut haben. Es steht zwei Mal im Bericht, dass wir das tun werden und das werden wir auch tun.

Daniel Albietz und David Jenny, ich bedaure sehr, dass Sie die Verbesserungen nicht mitbekommen haben. Wir haben eine lange Medienmitteilung, drei Seiten, gemeinsam mit den Fachverbänden vor wenigen Wochen verschickt mit wirklich verschiedenen Dingen, Massnahmen, die wir ergriffen haben, Verbesserung der Erfüllungsquote, Abbau der Bugwelle. Wir haben die Online-Terminbuchung eingeführt. Bis vor wenigen Wochen gingen die Dossiers seriell von Fachinstanz zu Fachinstanz, Dutzende Fachinstanzen. Natürlich geht das lange. Vor wenigen Wochen haben wir endlich einführen können, dass das jetzt parallel geschieht, diese Bearbeitung der Dossiers. Also wirklich, es geht einiges. Ich schicke Ihnen noch so gerne die gemeinsame Medienmitteilung mit den Fachverbänden nochmals zu.

Hier zu behaupten, dass sich nichts bewege, das ärgert mich. Ich nehme das wirklich sehr ernst. Wir sind da am Arbeiten. Ich sage nicht, es gibt nicht noch weiterhin Bedarf, wir bleiben dran, das verspreche ich Ihnen, aber es ist wirklich schon einiges gegangen.

Deshalb nochmals, ob als Anzug oder was auch immer mit dieser Motion geschieht, wir schauen uns das an. Ich bin froh, wenn Sie uns gewisse Freiheiten lassen, denn ich glaube, auch ohne juristischer Background leuchtet es ein, dass wir als Regierungsrat wirklich die Freiheit haben müssen, die Verwaltung so und auch effizient zu organisieren, wie wir das für richtig halten. Das ist die klassische Gewaltentrennung zwischen der Legislative und der Exekutive.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir schreiten zu den Abstimmungen. Bruno Lötscher beantragt Überweisung als Anzug, Daniel Albietz beantragt Überweisung als Motion. Daher kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**21 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006394, 10.04.25 09:31:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* 70 Personen sind für die Weiterbehandlung als Motion, 21 für den Anzug und es gibt zwei Enthaltungen.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung der Motion. Deshalb kommen wir zur nächsten Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 15 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006396, 10.04.25 09:32:29]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 73 gegen 15 Stimmen bei sechs Enthaltungen für eine Überweisung der Motion entschieden.

#### **48. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 09:32:41, 24.5280.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Hier kann ich es wirklich ganz kurz machen. Wir unterstützen die Stossrichtung der Motion selbstverständlich, auch uns ist es wirklich ein grosses Anliegen, dass wir im Zuge der Fernwärme das Potenzial auch für Begrünung nutzen können. Wir sind bereits daran, diese planerischen Grundlagen zu erarbeiten. Wir haben die ganze Aufteilung des Raumes im Boden mit Leitungen, Wurzelräumen reglementiert und nachjustiert im Oktober 2024. Jetzt geht es tatsächlich noch um die Frage, wie man Lösungen finanziert, die dann eben doch deutlich teurer sind als eine normale Lösung, wenn diese Lösung dann eben Grün ermöglicht. Und wir werden das sehr gerne machen. Wir halten aber die Frist, die hier in der Motion angegeben ist einfach etwas für sportlich, da hier gefordert wird, das innerhalb eines Jahres zu tun. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, das als Anzug zu überweisen. Aber inhaltlich mit der Stossrichtung sind wir absolut einverstanden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* In unserem begrenzten Kantonsgebiet übertrumpfen sich im Moment die diversen Forderungen und die unzähligen Partikularinteressen an unserem sehr begehrten Strassenraum. Die Ansprüche reichen nächstens für die ganze Nordwestschweiz. Grundsätzlich begrüssen wir alle das Bestreben, den öffentlichen Raum grüner und lebenswerter zu gestalten, gleichzeitig erachten wir diese Motion in ihrer jetzigen Form nicht nur als unnötig, sondern es ist auch hier wieder einmal mehr eine pauschale Priorisierung eines Teilbereichs.

In unserem Kanton haben sich bereits wesentliche Planungsinstrumente etabliert, die den Anforderungen einer modernen integrierten Stadtentwicklung Rechnung tragen. Es besteht also kein Bedarf, zusätzlich unnötige Forderungen zu erheben, die mehr Kosten als Fortschritt bringen. Alles andere hat Frau Regierungsrätin Esther Keller bereits gesagt und aus diesen Gründen plädiere ich im Namen der LDP dafür, diese Motion abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Ich habe jetzt gerade gehört von Nicole Strahm, dass sie das für unnötig hält. Ich möchte vielleicht noch ein bisschen einordnen, wo diese Motion eigentlich steht.

Es gibt eine Studie zum Stadtklima Basel aus dem Jahr 2018. Diese kommt zum Schluss, dass die Folgen der Klimaerwärmung vor allem im städtischen Umfeld massive Folgen auch für die Bevölkerungsgesundheit haben wird und bis in die Hälfte dieses Jahrhunderts zu einem der grössten Gesundheitsprobleme werden könnte, wenn wir nicht eben im Sinne der Verbesserung der Situation agieren. Zum Beispiel wissen wir aufgrund von Meteodaten heute schon, dass wir zum Teil schon in einem Jahr bis zu zehn Tropennächten in Riehen und Bettingen haben, wenn man aber in die Feldbergstrasse geht, müssen wir der Bevölkerung bis zu 40 Tropennächten zumuten und ihr den Schlaf rauben. Es ist sehr wohl alles zu tun und zwar schnell zu tun, dass wir hier zu einer besseren Entwicklung kommen.

Die Temperaturen sprechen also eine sehr klare Sprache und das aktuelle Stadtklimakonzept hält zugegebenermassen auch einige Antworten bereit, dieser beunruhigenden Entwicklung zu begegnen. Was aber an der Oberfläche für die Umsetzung



des Konzeptes für machbar erscheint, wird leider sehr häufig durch die Tatsachen, sprich Werkleitungen im Untergrund, wieder zunichtegemacht. Swisscom, IWB und das liebe Auto streiten um die Plätze über und unter dem Boden und sorgen für ständige Nutzungskonflikte, die scheinbar so gross sind, dass sich die Verantwortlichen häufig gegen griffige Massnahmen zur Linderung der städtischen Überhitzung entscheiden.

Mit der Stilllegung von Gasleitungen und dem Ausbau des Fernwärmenetzes hätten wir nun gute Instrumente in der Hand für mehr Platz, für Entsiegelung und für das Pflanzen von Bäumen zu sorgen. Auch die Regierung macht uns in ihrer Antwort absolut Mut, indem sie uns versichert, dass die Problematik erkannt ist und sie sehr gerne bereit ist, die Anliegen der Motion auch unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Sie verspricht sogar, dass sich auch bei anspruchsvollen Situationen geeignete Begrünungsmassnahmen realisieren lassen. Inwieweit sie damit Bäume meint, kann ich die Antwort nicht entnehmen. In der Antwort der Regierung wird auf ein Regelwerk verwiesen, das die Grundlage für Baumpflanzung in Zusammenhang mit Werkleitungen festlegt. Dieser Aussage folgt dann auch ein weiteres Versprechen, dass bereits bei zahlreichen Projekten im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes vorgesehen ist, Werkleitungen umzulegen, um Bäume zu pflanzen und Flächen zu entsiegeln oder zu begrünen.

Dies hört sich natürlich alles sehr erfreulich an, bleibt aber bis dato nur ein Versprechen in der Zukunft und wir können davon nicht ableiten, dass dahinter auch der Wille steckt, diesen Projekten mehr Priorität einzuräumen. Dieser Zweifel wird wiederum von der Aussage genährt, dass der Regierungsrat künftig bei der Güterabwägung Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien stärker gewichten will. Hier werden wiederum erfreuliche Aktivitäten in Aussicht gestellt, die aber nicht im hier und jetzt, sondern in der Zukunft liegen. Und so steht es nun auch mit der Haltung der Regierung gegenüber dieser Motion. Eigentlich sind alle Instrumente da, alles steht bereit und man könnte konkrete Projektlisten und auch die Prioritäten und Kosten darlegen, aber eben, besser nicht gleich und nicht jetzt. Und so wünscht sich der Regierungsrat mehr Zeit und wir fragen uns einmal mehr, ja wann denn, wenn nicht jetzt.

Das Klima, will man den Zahlen Glauben schenken, scheint nicht abzuwarten und deshalb möchten die Grünen Basel-Stadt Sie bitten, diese Motion der Regierung hier und jetzt zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Finden Sie es sinnvoll, wenn man eine Strasse wie die Wettsteinallee zehn Jahre nach der kompletten Umgestaltung jetzt wieder komplett aufreisst und wieder umgestaltet, im Sinne einer Ökobilanz?

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Es ist an sich sinnvoll. Wir investieren in die Zukunft und machen heute Pläne. Wir realisieren heute Pläne, die vor 40 Jahre auf dem Tisch gelegen sind.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Motion. Als erstes, entgegen der in der Motion geforderten Frist von einem Jahr beantrage ich, wie bei der Erstüberweisung schon erwähnt, eine Frist von vier Jahren anstatt von einem Jahr. Und ich darf hier im Namen der SP und der Grünliberalen argumentieren.

Wir Grünliberalen und die SP sind froh, dass der Regierungsrat die Problematik bereits erkannt hat und gerne bereit ist, das Anliegen der Motion auch unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Auch begrüssen wir die Inkraftsetzung der Regelung betreffende Raumaufteilung für die Realisierung unterirdischer Infrastrukturen und Begrünungen im öffentlichen Raum der Stadt und Kantonsstrassen Basel-Stadt per Oktober 2024, insbesondere die spezifischen Ergänzungen zur Thematik Baumpflanzungen.

Lieber Regierungsrat und auch Gewerbeverband, die Motion ist weit davon entfernt zu fordern, dass der Bau von Leitungstunnels flächendeckend eingesetzt werden soll, wie der Regierungsrat in der Antwort erwähnt und eben der Gewerbeverband in seiner Mail. Dann wenn die Mehrkosten und Überlegungen zu Leitungstunnels transparent erläutert werden in Ratschlägen, die nach Überschreiten des Schwellenwertes ins Parlament kommen, ist es ja immer noch an der Politik zu entscheiden, ob die hohen Kosten für das zusätzliche Grün genau an diesem Ort sinnvoll sind oder nicht.

Weiter interessant ist die Argumentation des Regierungsrates zum Schluss seiner Antwort: «Der Regierungsrat möchte bei der Güterabwägung künftig Umwelt- respektive Nachhaltigkeitskriterien stärker Gewichten und die zugrunde liegende Methodik entsprechend anpassen.» Also genau das, was meine Motion fordert. Damit soll sowohl für die Projektierung als



auch für die politische Freigabe der Finanzmittel eine transparente Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden, ebenfalls genau das, was die die Motion fordert.

Aufgrund der Komplexität wird die Erarbeitung einer entsprechenden Methodik sowie der zugehörigen Entscheidungsprozesse voraussichtlich aber mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen. Somit diesen Passus zusammengefasst: Der Regierungsrat von Basel-Stadt möchte exakt das gleiche umsetzen, was die Motion fordert. Sie brauchen einfach mehr Zeit. Und wie gesagt, kein Problem, vier Jahre anstatt ein Jahr, wie eingangs bereits beantragt. Überweisen wir also diese Motion ein zweites Mal als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Béla Bartha und weiter beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### **Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006398, 10.04.25 09:45:25]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Jetzt geht es um die Frist. Es wurden von der Motionärin anstatt eines Jahres vier Jahre gewünscht. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Deshalb kommen wir zur letzten Abstimmung. Nicole Strahm beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006400, 10.04.25 09:46:26]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 55 gegen 36 Stimmen dafür entschieden, die Motion mit einer Frist von vier Jahren zu überweisen. Das Geschäft ist erledigt.

## **49. Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR**

[10.04.25 09:46:39, 23.5027.02]



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir bitten Sie, diesen Anzug abzuschreiben und zwar einfach, weil wir Sorge haben, dass das Ziel, das dieser Anzug verfolgt, nicht erreicht wird mit diesem Mittel.

Es geht hier darum, wie transparent man über die Preise im Immobilienmarkt, über Grundstücks- und Bodenpreise informiert, und wir haben da schon etliche Kennzahlen, die auch dazu dienen, die Entwicklungen zu verfolgen. Es gibt auch einen neuen Index, den wir seit August 2024 haben, nämlich den Bodenpreisindex, den wir jetzt veröffentlichen in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Grundstücksbewertung respektive mit dem statistischen Amt. Das ist eine wichtige Kennzahl.

Wir befürchten einfach, dass eine noch detailliertere Transparenz über die Preise genau zum Gegenteil führt zu dem, was man sich wünscht, nämlich dass das eher preissteigernd ist. Tendenziell orientiert man sich ja, wenn man ein Objekt verkauft, lieber am Höchstpreis und nicht unbedingt am niedrigsten in der Nachbarschaft. Wir denken, dass das eher die Preise noch gegen oben befeuern könnte und wir sehen auch, dass in den gebrachten Beispielen in den Kantonen Jura und Genf, aber auch in Wien, die Preise nicht gesunken sind, im Gegenteil.

Deshalb hoffen wir, dass Sie hier diesen Anzug nicht nochmals überweisen. Ich denke, wir müssen das im Auge behalten. Es gibt andere Mechanismen, die einen grossen Einfluss haben darauf, und auch der Regierungsrat hat ein Interesse daran, dass sowohl der Preis für den Boden wie auch für Wohnungen eben erschwinglich bleibt, in einem gesunden Rahmen bleibt. Aber wir denken, dass das wirklich das falsche Mittel dazu ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Patrizia Bernasconi für BastA.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* Es ist wahr, dass die Immobilienpreise in Städten wie Genf, wo die Kosten von Immobilienkäufen öffentlich gemacht werden, gestiegen sind. Aber wie stark die Preise ohne diese Transparenz gestiegen wären, wissen wir nicht. Was wir jedoch wissen ist, dass Transparenz viele Vorteile hat, Vorteile, die leider vom Regierungsrat nicht erkannt werden. Und einige dieser Vorteile möchte ich Ihnen erläutern.

Erstens: Wenn Käufer:innen und Verkäufer:innen Zugang zu öffentlich zugänglichen Informationen über die Kaufpreise haben, entsteht mehr Wettbewerb unter den Verkäufer:innen. Das ist eigentlich ein Marktargument, das bei Ihnen doch ankommen müsste. Aber wenn mehr Wettbewerb entsteht unter den Verkäufer:innen, könnten die Preise für Käufer:innen niedriger werden und das ist auch für Mieter:innen von Vorteil. Verkäufer:innen sind gezwungen, ihre Immobilien zu Preisen anzubieten, die im Vergleich zu ähnlichen Objekten auf dem Markt fair sind.

Zweitens: Die Veröffentlichung von Kaufpreisinformationen hilft den Behörden und anderen Marktbeobachtern, den Immobilienmarkt zu überwachen. Sie können dann erkennen, wie sich die Preise entwickeln und bei Bedarf, wenn der wieder vorhanden ist, Massnahmen ergreifen und zu regulieren, dies zu Gunsten von allfälligen Käufer:innen und zugunsten von Mieter:innen.

Drittens: Transparenz hilft, Manipulationen und Spekulationen bei den Preisen zu verhindern. Wenn die Preise öffentlich einsehbar sind, wird es schwierig für einzelnen Gruppen, die Preise zu erhöhen, um mehr Profit zu machen. Das kommt allen zugute, sowohl den Käufer:innen als auch den Mieter:innen.

Viertens: Wenn die Kaufpreise öffentlich sind, schafft das Vertrauen. Käufer:innen wissen, dass sie faire Preise zahlen, auch Mieter:innen können sehen, ob die Immobilie zu einem überhöhten Preis gekauft wurde. Das sorgt für mehr Sicherheit und Fairness für alle.

Leider sieht der Regierungsrat diese Vorteile für alle nicht und die von Regierungsrätin Esther Keller vorgebrachten Massnahmen reichen uns nicht. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Ivo Balmer für die SP.

*Ivo Balmer (SP):* Also auch die SP-Fraktion möchte diesen Anzug noch stehenlassen. Ich möchte auch ganz herzlich danken für die ausführliche Beantwortung dieses Anzugs, das finde ich schön. Dieses Anliegen wurde, das habe ich gespürt, aufgenommen in der Verwaltung.



Nun gibt es diese Diskussion, wie preisdämpfend diese Wirkung sein könnte. Patrizia Bernasconi hat ausgeführt, wie das auch anders beurteilt werden könnte. Der Regierungsrat und die Verwaltung kommen zu einem anderen Schluss, wobei ich da ja schon eindrücklich finde, dass der Regierungsrat ganz klar sagt, dass marktwirtschaftliche Mechanismen und die hohe Wohnraumnachfrage, Zinsentwicklungen usw. zu Bodenspekulation führen. Das sind die steigenden Preise. Diese Ansicht teile ich sehr und jetzt müssen wir uns quasi als Parlament und auch als Stadtgesellschaft überlegen, wie wir jetzt mit diesen Entwicklungen umgehen wollen. Und da gibt es den meiner Meinung nach immer noch, wie Patrizia Bernasconi gesagt hat, den absoluten Transparenzansatz, den ich nach wie vor inhaltlich teile. Die Regierung möchte nicht jetzt sofort zu dem schreiten.

Interessant ist, dass es eine gesetzliche Änderungspraxis geben könnte, es wird aufgezeigt, wie das stattfinden kann. Da müssen wir überlegen, wie wir weiter vorwärts schreiten möchten. Was ich aber gut finde, ist, dass wir jetzt einen staatlichen Bodenpreisindex haben. Das finde ich einen wichtigen Output dieses Anzugs. Und wenn ich die Antwort richtig gelesen habe, und das ist eigentlich mein Hauptgrund, weshalb der jetzt wirklich stehengelassen werden sollte, ist, dass man mit diesen Bodenrichtwerten eine alte Basler Praxis sei über 50 Jahren hat. Sie sind vorhanden, sie sind einfach nicht öffentlich zugänglich, bzw. nur insofern, dass man diese Richtwerte pro Grundstück gegen Bezahlung anfordern muss. Und jetzt gibt es die Fachstelle Grundstücksbewertung, die zurzeit überprüft – und dieses Wort macht mir schon auch Unbehagen -, dass man diese Bodenrichtwerte in Form einer Karte herausgeben möchte. Und deshalb ganz explizit: Ich hoffe, das wird überprüft und eine Umsetzung ist geplant, weil ich glaube, diese Umsetzung würde viele Teile dieses Anzuges aufnehmen und auch entsprechend das parlamentarische Bedürfnis würdigen, dass wir Transparenz wollen, mehr Transparenz wollen. Und das ist eine Frage an Regierungsrätin Esther Keller: Was haben wir da zu erwarten nach dieser Überprüfung? Ich gehe davon aus, wir erhalten eine Bodenrichtwertkarte für Basel-Stadt. Das wäre eine grosse Errungenschaft.

Und jetzt wenn ich mich wieder an die bürgerliche Parlamentarier:innen hier drin. Ich fände es wirklich schön, wenn wir jetzt diesen Anzug stehenlassen würden, bis wir diese Bodenrichtwertkarte haben. Und dann denke ich, sind wir wirklich gemeinschaftlich auch weitergekommen, dass wir für unseren Bodenmarkt, der wirklich verrückt spielt, etwas tun. Gestern haben wir über Instrumente gesprochen, wie man da auch noch anders agieren kann. Und das ist die Grundlage und deshalb, lassen wir doch diesen Anzug stehen und schauen, was die Grundstücksbewertungsstelle mit dieser Richtwertkarte macht. Ich möchte da einfach diesen Druck aufrechterhalten. Also das ist jetzt schon umzusetzen, weil wenn das nicht umgesetzt wird, dann muss ich sagen, ist dieser Anzug einfach ein bisschen dürftig in der Umsetzung bei der Verwaltung angekommen. Aber berichtet wurde gut, das möchte ich festhalten. Deshalb bitte ich, den Anzug nochmals stehenzulassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionsprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Die Fraktion der LDP ist gegen das Stehenlassen, nicht weil Transparenz schlecht wäre, sondern weil der Eingriff in die wirtschaftliche Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger nicht verhältnismässig ist. Die Publikation einzelner Transaktionspreise erlaubt Rückschlüsse auf die finanziellen Verhältnisse der Vertragsparteien. Ein solch tiefer Eingriff ist nur dann gerechtfertigt, wenn ein klarer Nutzen nachgewiesen ist. Doch genau dieser fehlt. Wie die Regierung richtig schreibt, orientiert sich denn auch der Verkäufer am höchsten Wert in der Gegend, daher wirkt diese Massnahmen auch noch preistreibend.

Der Regierungsrat hat überzeugend dargelegt, dass Kantone und Städte mit Preisoffenlegungen wie Genf, Jura oder auch Wien in Österreich keine dämpfende Wirkung auf die Bodenpreise verzeichnen, im Gegenteil, Einzelpreisveröffentlichungen können die Preisspirale gar noch antreiben, weil sich Verkäufer, wie schon erwähnt, tendenziell an den Höchstpreisen orientieren und weil tiefe Preise etwa bei Erbteilungen aus rechtlichen Gründen gar nicht veröffentlicht werden dürfen. Es entsteht ein verzerrtes Bild. Ohne Kontext wie Ausbaustandort oder Lagequalität sind die Zahlen ohnehin nur bedingt aussagekräftig.

Die heutige Praxis mit Bodenrichtwerten, Durchschnittswerten und Preisindizes sorgt bereits für Transparenz, ohne unverhältnismässig in die Privatsphäre einzugreifen. Ich verstehe das Anliegen nach mehr Transparenz gut, aber wir müssen darauf achten, dass wir dabei nicht über das Ziel hinausschiessen. Wenn eine Massnahme weder den gewünschten Effekt bringt noch verhältnismässig ist, dann sollten wir den Mut haben, sie auch einmal abzulehnen, gerade im Interesse einer faktenbasierten und rechtsstaatlich sauberen Politik.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt auch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird entgegengenommen.

*Ivo Balmer (SP):* Unterstützen Sie das Anliegen einer Bodenrichtwertkarte pro Quartier?



*Michael Hug (LDP):* Ja, wenn es sinnhaft ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

*Lea Wirz (GRÜNE/jgb):* Der vorliegende Anzug verfolgt ein klares Ziel, nämlich mehr Transparenz auf dem Grundstückmarkt. Wir alle wissen, die Preisentwicklung ist nicht nur in Basel-Stadt seit Jahren stark steigend. Das hat erhebliche Auswirkungen auf Wohnraum, die soziale Durchmischung, aber auch die Stadtentwicklung. Die Argumente des Regierungsrates gegen die Veröffentlichung von einzelnen Handänderungspreisen sind zwar grundsätzlich nachvollziehbar, man kann aber, wie wir schon gehört haben vorhin, auch zu anderen Schlüssen kommen. Und selbst wenn diese Transparenz nicht direkt preisdämpfend wird, schafft sie doch eine wichtige Grundlage für faktenbasierte politische Entscheidungen und kann dazu beitragen, Marktverzerrungen und Bodenspekulationen vorzubeugen.

Andere Kantone und Länder zeigen, dass eine datenschutzkonforme Veröffentlichung möglich ist und die heutigen Praxis in Basel-Stadt reicht dafür nicht aus. Der letztes Jahr erstmals veröffentlichte Bodenpreisindex geht schon in eine richtige Richtung. Nun scheint geprüft zu werden, ob eine Bodenrichtwertkarte öffentlich gemacht werden könnte.

Und deshalb möchte auch die Fraktion GRÜNE/jgb den Anzug stehenlassen, bis diese Prüfung abgeschlossen und bestenfalls umgesetzt wurde und die Regierung dem Grossen Rat berichten kann.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionsprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Man wirft mir manchmal vor, ich sei ein zu rationaler Mensch, zu stark mit der linken Hirnhälfte unterwegs und ich muss zugeben, dass ich mich bei diesem Geschäft auch frage, ob das ein Me-Problem ist, dass ich das so rational sehr. Aber wenn man diese Geschichte rational anschaut, dann kommt man nicht umhin, der Logik der Regierung zu folgen, und ich bin froh, dass die Regierung offensichtlich hier auch rational unterwegs ist.

Lassen Sie mich das Ganze beispielhaft, zugegebenermassen ein bisschen vereinfacht darstellen. Ich nehme an, Kollege Ivo Balmer ist nicht im Immobilienhandel tätig. Ich bin es auch nicht. Deshalb ist das Beispiel rein fiktiv. Nehmen wir an, wir hätten zwei kleine Grundstücke nebeneinander, und wir wollen sie beide verkaufen. Ich wäre zufrieden mit 800'000 Franken und dann sehe ich, dass Ivo Balmer seines für eine Million verkauft hat. Sie haben ja nicht den Eindruck, dass ich da mit 800'000 noch zufrieden wäre. So philanthrop bin ich nicht unterwegs. Dann will ich auch ein Million, nein, ich will noch ein bisschen mehr, weil ich verkaufe meines später und wir haben eine Teuerung und wir haben Angebotsverknappung, seines ist ja schon weg. Angebotsverknappung bedeutet, die Preise steigen.

Ich hoffe, dass ich mit diesem ganz kleinen Beispiel zeigen konnte, was die Regierung hier lange und deutlich zum Ausdruck bringt. Mit dieser Idee wird man die Preise nach oben treiben und nicht senken. In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, der Regierung zu folgen, dass Sie hier nicht etwas völlig Kontraproduktives stehenlassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Gabriel Nigon hat sich gemeldet als Einzelsprecher.

*Gabriel Nigon (LDP):* Ich weiss jetzt nicht, mit welcher Hirnhälfte ich vor Ihnen stehe, aber es gibt noch ein kleines Problem. Oft wird bei Grundstücksverkäufen oder -transaktionen der Preis aufgeteilt in einen Grundstückskaufspreis und in ein Werklohn. Also Sie kaufen ein Grundstück, darauf wird ein Haus erstellt. Sie bezahlen nur für das Land, das wird notariell verurkundet. Das andere kommt in dem Werkvertrag für das Erstellen der Bauten. Das ist nicht notariell verurkundet und erscheint nirgends. Also es gibt keine Transparenz bei solchen Geschäften und das ist oft der Fall.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich möchte nur noch kurz auf die Frage von Ivo Balmer reagieren oder auch die Frage, die mehrere aufgeworfen haben wegen dieser Ankündigung, dass die Fachstelle Grundstücksbewertung zurzeit die Herausgabe einer vereinfachten Bodenrichtwertkarte überprüft.



Wie gesagt, es geht ja auch darum, wie macht man das bezüglich Methodik, Frequenz usw. Wir sind da dran, aber ich kann das so beantworten: Wenn Sie den Anzug stehenlassen, würden wir das natürlich eher noch als Votum verstehen, das weiter auszuarbeiten und als Druck, das zu tun. Wir behalten uns die Überprüfung aber nach wie vor vor.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006402, 10.04.25 10:05:17]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 46 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen.

## **50. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR**

[10.04.25 10:05:32, 20.5451.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Patrizia Bernasconi hat sich als Fraktionssprecherin für die BastA gemeldet.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* Dieser Anzug wurde zum ersten Mal stillschweigend überwiesen. Vor drei Jahren wurde er mit der ausdrücklichen Bitte an den Regierungsrat im Rahmen der Motion Pfister zu behandeln stehengelassen. Heute jedoch heisst es, der Regierungsrat würde die Anliegen des Anzugs im Rahmen dieser Motion weiterbearbeiten, weshalb der Anzug nun abgeschrieben werden soll.

Doch wenn die Angelegenheit im Rahmen der Motion Pfister weiterbehandelt wird, könnte der Anzug ganz einfach stehenbleiben. An dieser Stelle fehlt es an einer klaren Linie. Es ist vielmehr offensichtlich, dass der Regierungsrat sich dieser Forderung entledigen möchte.

Materiell geht es bei diesem Anzug nicht darum, so wie in der Motion Pfister, eine Mindestzahl von Parteien zu definieren, die an einer Abstimmungskampagne teilnehmen müssen, damit die APG eine spezielle Politikplakatierung zur Verfügung stellt. Es geht vielmehr um das Verhalten der APG gegenüber den Parteien, die beispielsweise in einigen Fällen dazu gezwungen werden, die Allmendverwaltung einzuschalten, um ihr Anliegen gemäss dem Merkblatt notabene durchzusetzen.

Die Zusammenarbeit der APG mit den Parteien hat sich oft als mühsam und bürokratisch herausgestellt. Häufig wird den Parteien von der APG signalisiert, dass die politische Plakatierung eher unangenehm ist, dass sie wenig gewinnbringend erscheint. Das kann und darf nicht so bleiben. Es geht hier um mehr als nur um eine Forderung nach einer faireren und transparenteren politischen Plakatierung. Es geht auch um den Wettbewerb. Wir müssen neue, faire, kreative Reformen finden, wie Plakatierungen organisiert werden können, ohne dass die APG eine nahezu monopolartige Stellung behält.

Ja, es ist richtig, die politische Plakatierung ist eine heikle Angelegenheit. Gerade deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass wir ein genaueres Auge auf das Verhalten der APG werfen. Der Regierungsrat trägt hier eine besondere



Verantwortung, insbesondere wenn er sich weigert, den Subventionsvertrag öffentlich zu machen. Dies ist eine Situation, die keinesfalls im Sinne einer gerechten und transparenten politischen Kommunikation sein sollte. Ein Mektblattersatz, kein Vertrag und auch kein Gesetz.

Ich bitte Sie daher, diesen Anzug nicht einfach abzuschreiben, sondern ihn weiterhin zu behandeln und dafür zu sorgen, dass die Anliegen, die letztlich alle Parteien betrifft, endlich ernstgenommen werden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Julia Baumgartner gemeldet.

*Julia Baumgartner (SP):* Die SP-Fraktion ist für Abschreiben dieses Anzugs. Trotzdem ist es uns wichtig, nochmals zu betonen, dass bei der Erarbeitung einer neuen Konzession mit der APG die temporären Wahlständler, unabhängig von der Anzahl Abstimmungen und Sujets, zur Verfügung stehen sollten. Denn die so genannten Papillons geben Abstimmungsvorlagen die nötige Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und das ist für eine funktionierende Demokratie von zentraler Bedeutung.

Zum Votum meiner Kollegin der BastA: Wir teilen die Haltung, dass die Zusammenarbeit mit der APG grundlegend verbessert werden muss und erwarten, dass dies bei der Umsetzung der Motion von Pascal Pfister und bei der Erarbeitung einer neuen Konzession berücksichtigt wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Daher kommen wir direkt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Patricia Bernasconi

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006423, 10.04.25 10:10:26]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 72 gegen 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

### **51. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR**

[10.04.25 10:10:39, 23.5234.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Als erster Fraktionssprecher hat sich Jean-Luc Perret für die SP gemeldet.

*Jean-Luc Perret (SP):* Die SP-Fraktion beantragt, diesen Anzug stehen zu lassen und zwar weil wir von der Wirksamkeit von Sonnensegeln absolut überzeugt sind. Es wäre aus unserer Sicht nun ein Fehler, diesen schon beim ersten leisen Gegenwind die Segel zu strecken, wie man das so schön sagt, gerade in der Freien Strasse, die eine klare Hitzezone ist gemäss Stadtklimaanalyse.



Es ist ja auch nicht so, dass dort nie irgendetwas hängt, sei es die Weihnachtsbeleuchtung, Werbebanner, Kunstinstallationen, für fast alles findet sich offenbar eine Lösung. Da drängt sich doch das Gefühl auf, auch beim Hitzeschutz müsste eigentlich noch etwas herauszuholen sein.

Auch die Argumentation mit dem Sonnengang und dem praktisch ständig vorhandenen Gebäudeschatten überzeugt nicht. Die Hitze entsteht schliesslich nicht nur am Boden bei direkter Sonneneinstrahlung, sondern die ganze Strassenschlucht heizt sich auf. Und dagegen helfen in der Höhe angebrachte Segel auf jeden Fall. Wir möchten Sie also darum bitte, nochmals einen zweiten Anlauf zu nehmen, ob in der Freien Strasse oder auch an einem anderen heissen Ort.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Zunächst möchte ich mich bedanken für die Arbeit der Verwaltung und der Regierung, die ja selbst auch geschrieben haben, dass sie dieses Ansinnen gut finden und ihm positiv gegenüberstehen und auch mit den Eigentümerschaften an den Freien Strassen gesprochen haben. Umso trauriger ist es, dass bei der Freien Strasse offenbar die Eigentümerschaften nicht bereit waren, hier Hand zu bieten, zumindest temporär diese Sonnensegel zu installieren. Im Winter ist es auch kein Problem mit der Weihnachtsbeleuchtung. Zudem wurde im Jahr 2008 in einer Installation während der Europameisterschaft auch ein solches Sonnensegeldach installiert. Offenbar gab es dort keine Probleme damit.

Es wäre eine schöne Gelegenheit gewesen, während der Grossevents, die wir jetzt in der Region Basel haben mit dem ESC und auch der Frauen EM, dies wieder zu machen. Dies scheint aber nicht möglich zu sein. Dennoch möchte ich im Namen der LDP-Fraktion Ihnen unterbreiten, diesen Vorstoss als Anzug weiter zu überweisen, weil er auch so formuliert ist, dass er sich nicht nur auf die Freie Strasse fokussiert, sondern generell auch den Raum und den Spielraum lässt, was auch die Regierung selbst schreibt, dass sie das möchte, bei Orten, wo es eine Möglichkeit gibt, solche Segel zu installieren.

Mittlerweile habe ich auch gesehen, dass wieder neue Vorstösse in der Pipeline sind, die ähnliches vorhaben, einfach mit einer Beschattung oder Begrünung. Darum fände ich es durchaus sinnvoll, wenn man diesen Vorstoss als Anzug weiterhin bei der Verwaltung lässt, damit sie auch einen Auftrag haben bei verschiedenen Umgestaltungen, die noch auf uns zukommen, dies zu überprüfen und möglicherweise solche Sonnensegel zu installieren.

Als letzte Bemerkung möchte ich noch sagen, dass ich einige Zuschriften erhalten habe von privaten Eigentümerschaften, die auch bei Strassenabschnitten sind, die noch saniert werden. und diese haben mir gesagt, sie wären sehr stark interessierter an, wenn mit der Verwaltung hier gemeinsam auch ein solches Werk realisiert werden könne. Und gerade deshalb ist es auch wichtig, beim Anzug zu bleiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**43 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006425, 10.04.25 10:15:24]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 47 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.



## **52. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob, Schreiben des RR**

[10.04.25 10:15:40, 25.5035.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich danke für die Antwort. Ich bin zum Teil zufrieden, teils weil ich jetzt verstehe, um was es eigentlich geht. Wir sprechen von diesem Tramstationsprovisorium, das jetzt seit über einem halben Jahr beim Sankt Jakob steht. Es geht offensichtlich um zwei Projekte, die Tramhaltestelle und das Projekt Werbe- und Informationsflächen. Beides war für Frühling 2026 geplant und wurde aufgrund der Womens Football Euro vorgezogen, was grundsätzlich ja eigentlich eine gute Sache ist, damit die Baustelle da nicht beim St. Jakob ist.

Das Problem liegt jetzt wieder beim Bewilligungsverfahren für diese Werbetafeln, wie ich gemerkt habe. Dieses Bewilligungsverfahren konnte mit dieser Verschiebung nicht mithalten. Das heisst, aus diesem Grunde haben wir jetzt seit einem halben Jahr dieses Bauprovisorium, das nicht wirklich eine schöne Visitenkarte abgibt für die Stadt.

In der Antwort von Ende Februar wurde in Aussicht gestellt, dass ab März dieses Provisorium aufgehoben wird und dass die neuen Werbeflächen zur Verfügung stehen. Ich weiss nicht, ob sie heute hängen. Ich weiss das nicht, aber ich war vor zwei Tagen das letzte Mal da, da waren sie immer noch nicht da. Auch habe ich festgestellt, dass es im Frühling einen Ratschlag geben wird über eine digitale Lösung. Ich hoffe, dass das nicht der Frühling 2026 ist oder vielleicht hat die Regierungsrätin auch heute schon weitere Informationen. Sie hat noch keine weiteren Informationen. Dann danke ich für die Ausführungen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

## **53. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 10:18:08, 24.5465.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert vier Jahren. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht kurz vorab, Daniel Seiler, es gibt, glaube ich formell gar keine Möglichkeit für mich zur Antwort auf ihre Beantwortung unserer Antwort. Auf alle Fälle wäre das etwas kompliziert geworden, aber wir können uns gerne nachher noch austauschen.

Nun zur Motion: Die Schulwegsicherheit ist natürlich nicht erst seit diesem jüngsten Ereignis etwas, das uns sehr sehr wichtig ist. Es gibt ein departementsübergreifendes Koordinationsgremium mit Lead im ED, die sogenannte KOGESSI. Da ist auch das Justiz- und Sicherheitsdepartement involviert und natürlich wir mit dem Amt für Mobilität. Und wir sind stetig daran, die Schulwege und generell natürlich die ganzen Verkehrswege in Basel-Stadt sicher zu machen.

Wir möchten hier diese Motion gerne als Anzüge überwiesen bekommen, weil es eben auch schon sehr viel gibt, was in dieser Richtung läuft. Ich kann hier auf einige Motionen verweisen, beispielsweise die Motion Aeneas Wanner bezüglich Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, aber auch die Motion Moesch bezüglich Sicherheit rund um Kindergärten. Wir haben die Motion Fuhrer zum generell integralen Tempo 30 auf Kantonsboden und weitere Vorstösse, die sich um die Verkehrssicherheit kümmern. Auch diese KOGESSI nimmt weiterhin Anregungen entgegen. Wir haben Ihnen auch in der Beantwortung doch einige Massnahmen aufgelistet, die in jüngster Zeit passiert sind. Also wir bleiben da dran und ich glaube, es ist jetzt da eine Frist von zwei Jahren gesetzt, um zu fordern, dass alles umgesetzt wird. Man muss sich, glaube ich, auch bewusst sein, dass quasi alle Strassen in Basel-Stadt auf gewisse Weise Schulwege sind, weil wir haben ein sehr dichtes Netz an Kindergärten und an Schulhäusern, also tendenziell betrifft das potenziell fast alle Strassen in Basel-Stadt.



Deshalb bitten wir Sie, dass wir da dranbleiben dürfen und dies in Form eines Anzugs.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ein eigenständiger Schulweg ist entscheidend für die Kindheit. Nicht nur für die sozialen Kontakte, für die Freundschaften, die sich darauf entwickeln, sondern auch für die kognitive Entwicklung der Kinder, beispielsweise die räumliche Orientierung, die eben vor allem dann entwickelt wird, wenn die Kinder selbstständig unterwegs sind und nicht einfach den Eltern hinterher laufen oder noch schlimmer zur Schule gefahren werden. Und es ist auch so, dass bei einem sicheren Wohnumfeld, Schulumfeld die Kinder auch viel häufiger und länger draussen spielen. Gerade auch wenn wir die gesundheitliche und körperliche Entwicklung der Kinder anschauen, ist das sicher etwas, das sehr wichtig ist. Ja, und das ist auch nicht wirklich eine Neuigkeit, Kinder sind besonders gefährdet, sie sind klein, sie sehen nicht über Hindernisse und man sieht sie nicht, wenn sie hinter Hindernissen sind. Aber sie entwickeln beispielsweise auch erst ab etwa 10 Jahren ein Bewusstsein für Gefahren. Und erst ab etwa 12 Jahren können sie Geschwindigkeiten richtig einschätzen.

Das heisst, da können Sie noch so viel auf die Kinder einreden und Ihnen sagen, sie sollen vorsichtig sein, sie sollen aufpassen, sie können das nicht. Deshalb ist es entscheidend, dass die Infrastruktur sicher ist. Und ich denke, hier sind wir uns alle einig und ich bin auch sehr froh, dass das bei der Verwaltung und bei der Regierung eine hohe Priorität hat. Ich habe auch tatsächlich das Gefühl, dass sich hier ein bisschen etwas entwickelt, dass die Sicherheit höher gewichtet wird als auch schon. Trotzdem gibt es noch sehr viele unsichere Stellen und es muss hier einfach schneller vorwärtsgehen. Diese müssen schneller behoben werden. Auch wenn wir diese Motionen Moesch und Wanner anschauen, die doch schon eine Weile nicht vollständig umgesetzt sind, zeigt sich uns, dass hier eine etwas höhere Geschwindigkeit und eine höhere Priorisierung der Umsetzung wichtig ist.

Trotzdem bin ich bereit, die Frist auf vier Jahre zu verlängern für die Umsetzung. Das heisst aber nicht, dass jetzt die nächsten dreieinhalb Jahre einfach weitergemacht wird wie bisher und dann schnell ein Bericht geschrieben wird, sondern die Priorität der Sicherheit, insbesondere auf Schulwegen, muss sofort höher gewichtet werden und es muss entschlossen weitergemacht werden und mit einer höheren Geschwindigkeit. Denn hier ist auch wichtig, die Priorität entsprechend der Gefahrensituation gesetzt wird. Wenn also etwas gefährlicher ist, dann muss das stärker priorisiert werden, nicht erst in vier Jahren umgesetzt werden, sondern idealerweise schon in den nächsten Monaten.

Die Motion gilt nur teilweise als rechtlich zulässig. Ja, das ist natürlich klar, dass wir als Kantons- und Stadtparlament nicht auf den Gemeindestrassen von Bettingen und Riehen durchgreifen können. Ich hoffe einfach, dass diese Gemeinden selber auch dafür sorgen möchten, dass die Schulwege sicher sind. Aber klar, unsere Verwaltung muss es da umsetzen, wo sie zuständig ist.

Und für mich ist auch klar, dass das Thema Schulwegsicherheit auch noch Ablauf dieser vier Jahre nach Umsetzung dieser Motion nicht plötzlich weg ist. Es ist ein Dauerthema. Es muss immer wieder überprüft werden, wie sich es entwickelt. Es müssen auch Rückmeldungen von Eltern, Schulen und so weiter einbezogen werden. Also es ist klar, dass jetzt nicht einfach mit dieser Motion ein für allemal alles gut ist. Die Idee ist, dass wir wirklich jetzt so einen Boost hinbekommen, mit dem es schnell vorwärtsgeht, mit dem es schnell besser wird, dass wir alle in vier Jahren auf einem anderen Stand sind, den wir dann weiterentwickeln können.

Also ich danke Ihnen für die Überweisung als Motion mit der Umsetzungsfrist von vier Jahren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Alexandra Dill.

*Alexandra Dill (SP):* Ich danke für das gute Votum meiner Vorrednerin, dem ich mich in jedem Wort gerne anschliessen kann. Der Regierungsrat sagt in der Motionsbeantwortung, die Schulwegsicherheit geniesse sehr hohe Aufmerksamkeit und diverse Massnahmen seien bereits in Planung. Und tatsächlich sehe ich das auch in meinem Alltag. Die Schulwegsicherheit ist stärker auf dem Radar bei diversen Beteiligten. Ich bekomme von unserer Schulleitung nun auch Infobriefe, wenn Baustellen auf dem Schulweg liegen und ich schätze das. Ich begrüsse auch die Liste in der Stellungnahme der Regierung, die zeigt, was schon gemacht wurde.

Ich lese in der Stellungnahme aber auch, dass in den nächsten Jahren weitere Herausforderungen auf uns zukommen, mit neuen Schulstandorten und reger Bautätigkeit und dass auch der Regierungsrats Optimierungspotenzial sieht und Möglichkeiten dafür in der Anpassung der Prozesse und Gremien ortet. Ja das denke ich mir auch. Die geschilderten Abläufe bei den Meldungen von Gefahrenstellen scheinen mir zu bürokratisch und langsam, das interdepartementale Gremium für die Schulwegsicherheit, das KOGESSI, könnte sich wohl rascher und pragmatischer abstimmen.



Darum möchte die SP-Fraktion ebenfalls an der Motion festhalten, damit wir diese wichtigen Themen eben tatsächlich rasch und konkret, wie der Titel der Motion das sagt, umsetzen, zumindest da, wo sie rechtlich zulässig ist und nicht gegen die Gemeindeautonomie von Riehen und Bettingen verstösst, und auch da schliesse ich mich der Hoffnung von Tonja Zürcher an.

Ich möchte mit Nachdruck betonen, dass die jüngeren Kinder keine Wahl haben, wo und ob sie in die Schule gehen. Sie haben keine Wahl, ob sie an dieser Art von Verkehr teilnehmen. Sie sind in diese Situation hineingeboren und haben sie nicht mitkreiert. Sie müssen mehr gesehen werden in ihren Bedürfnissen, rasch und konkret.

Wir verstehen, dass es Sinn macht, die Erfüllung der Motion gut mit anderen geplanten Projekten und den themenverwandten Motionen Wander und Moesch abzustimmen. Davor soll die Regierung genügend Zeit erhalten und wir stimmen daher auch der Fristverlängerung auf vier Jahre zu.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Nach dem, was ich gehört habe von Tonja Zürcher und Alexandra Dill, und auch gelesen habe in der Motion muss ich sagen, ja, die Regierung ist wirklich aktiv und sie macht etwas, das ist gut. Dann bin ich aber beim Vorbereiten über einen Text gestossen und zwar eben zur Motion von Tonja Zürcher zur Schulwegsicherheit. Und da hat der Gewerbeverband eine Stellungnahme dazu geschrieben und ich möchte schnell zitieren: «Durch die Einführung von Fahrverboten und neuen Verkehrsführungen wird die Erreichbarkeit von Kunden, Lieferanten oder Betriebsstätten erschwert. Dies verursacht dies verursacht für Unternehmen Verzögerungen im Betriebsablauf und erhöht die Betriebskosten.»

Für mich zeigt das exemplarisch, in welchem Spannungsfeld wir hier stehen. Das zeigt sich jetzt gerade in dieser Stellungnahme des Gewerbeverbands sehr unverblümt. Auf der einen Seite versucht man, den Verkehr so zu gestalten, dass die Kinder möglichst ohne Lebensgefahr von zu Hause in die Schule kommen und auf der anderen Seite wird die Befürchtung geäussert und damit auch die Forderung impliziert, dass diese Bestrebungen den Verkehrsfluss nicht stören sollen. Grösser könnte meiner Meinung der Gegensatz nicht sein.

Es ist eine Tatsache, dass seit einigen Jahren die meisten Menschen in der Schweiz in den Städten wohnen und daher es endlich Zeit wird, dass wir unser Mindset ändern und beginnen, Stadtentwicklung für die Bewohner der Städte an die Hand zu nehmen und uns die Lebensqualität in der Stadt nicht mehr von den Bedürfnissen des Verkehrs vorschreiben lassen. Ich weiss, wie hoch die Flughöhe dieser Bemerkung ist, aber es zeigt einfach, in welchen Kontrast wie hier stehen.

Die Grünen sehen die Dringlichkeit der Umsetzung, die in dieser Motion gefordert wird und anerkennen aber auch, dass es vielleicht mehr Zeit benötigt, diese zielgenau umzusetzen und unterstützt die Überweisung der Motion mit einer Verlängerung der Frist um vier Jahre.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Tonja Zürcher und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Ein Antrag auf einen Anzug wurde von der Regierung gestellt. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006429, 10.04.25 10:30:30]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion und stillschweigende Überweisung der Motion an dem Regierungsrat. Frist: 4 Jahre



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 51 gegen 39 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben die Motion deshalb dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

#### **54. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 10:30:49, 24.5463.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen eine Umsetzung der Motion innert 18 Monaten. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Es ist mir sehr wichtig, hier zu sagen, dass der Regierungsrat diese Motion nicht deshalb nicht überwiesen haben möchte, weil wir das Konzept nicht sinnvoll finden. Im Gegenteil, das Konzept stammt, glaube ich aus den Achtzigerjahren, also ist wirklich schon ordentlich alt. Früher hat man von der 15-Minuten-Stadt gesprochen. Ich glaube, gerade hier in Basel mit unserer Kleinräumigkeit ist klar, dass eben auch eine Zeit 10-Minuten-Stadt möglich ist und wir haben Ihnen die verschiedenen Instrumente, also die Situation in Basel-Stadt unter 2.3 im Schreiben auch etwas ausführlicher dargelegt. Also wir arbeiten heute schon intensiv darauf hin, dass eben möglichst kurze Wege entstehen zwischen Arbeiten, zwischen Freizeit und Wohnen, so dass wir eben den Verkehr auch in gewissen Grenzen halten können.

Aber in dieser Motion werden unseres Erachtens zu starre Vorgaben gewünscht. Man muss sich vorstellen, dass, wenn man dieses Konzept eng auslegen würde, wir entweder die Einwohnerzahl auf 400'000 Einwohner steigern müssten, um das richtige Verhältnis zu Arbeitsplätzen zu finden, also verdoppeln, oder wir müssten irgendwie die wirtschaftliche Entwicklung dieses Kantons bremsen, weil wir dann zu viele Arbeitsplätze haben im Vergleich zu Einwohnenden. Ich denke, man muss sich auch bewusst sein, dass Städte natürlich immer eine gewisse Arbeitsplatzkonzentration haben, sie haben eine Zentrumsfunktion, also dass das Verhältnis nicht ganz 2 zu 1 ist, ergibt sich auch aus diesem Umstand.

Wir werden weiter in diese Richtung arbeiten. Wir möchten diese 10-Minuten-Stadt anstreben, eben diese kurzen Wege, diese Verflechtung zwischen den verschiedenen Aktivitäten und wir werden uns auch noch mal den Quartieren annehmen, uns also überlegen, was die verschiedenen Quartiere brauchen, wie man sie stärken kann, dass diese eben verschiedene Möglichkeiten anbieten, eigentlich alles, was man so braucht zum Leben. Wir sind da bereits dran, wir werden auch berichten, und deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die GRÜNEN/jgb ist Fina Girard.

*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Das St. Johann, wo ich zu Hause bin, ist eines dieser Quartiere, in denen die 10-Minuten-Nachbarschaft eigentlich schon heute Alltag ist, und das spüre ich im Guten. Und nicht nur das St. Johann, auch Quartiere wie das Matthäus oder das Gundeli haben eine hohe Dichte und gleichzeitig eine besonders hohe und vielfältige Lebensqualität.

Die Stadt der kurzen Wege ist bereits seit Jahrzehnten Ziel und Ideal einer nachhaltigen und lebenswerten Stadtentwicklung. Wir Grüne setzen uns seit Beginn unserer Parteiexistenz ein für ein besseres Verhältnis von bezahlbarem Wohnraum pro Arbeitsplatz, für kürzere Pendelwege und weniger Pendelverkehr, für eine starke Lokalwirtschaft, für begrünte und verkehrsberuhigte öffentliche Räume, schlicht für eine Nutzungsdurchmischung, wie es eine lebenswerte und vielfältige Stadt ausmacht.

Nun hat dieses Konzept von Professorin Sibylle Wälty einen neuen Namen erhalten und die LDP scheint nun gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien auch Gefallen daran zu finden, die 10-Minuten-Nachbarschaft. Wir haben die Motion Hug eingehend diskutiert in der Fraktion und wir unterstützen die Analyse, dass das heutige Verhältnis von fast eins zu eins kein gangbarer Weg ist und wir alle wissen um die raumplanerischen Ziele der Innenentwicklung und was sie bedeuten für ein Basel, das wächst.

Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt deshalb im Grundsatz die Überweisung und Umwandlung in einen Anzug, auch wenn wir einige Vorbehalte gegenüber dem Konzept von Sibylle Welti hegen. Wir sind deshalb froh, betont auch die Regierung in



ihrer Antwort, dass das quantitativ basierte Rahmenwerk der 10-Minuten-Nachbarschaft zu starr und zu theoretisch ist und die Zahlenschlacht von Einwohnerzahlen und Arbeitsplätzen zu absurden Dimensionen führen kann. Verdichtung allein greift zu kurz. Zum Gestalten und Bewohnen von Stadt gehört mehr als das Verhältnis zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen, mehr als quantitative Dichtungsmessungen.

Wir Grüne möchten deshalb dazu anhalten, den Wohnungsbau nicht dem zwei zu eins-Verhältnis dem Diktat des Wirtschaftswachstums zu unterstellen. Die Fläche unseres Stadtkantons ist begrenzt. Unsere Ressourcen sind es ebenso. Der Wachstumszwang der Wirtschaft steht auch hier wieder einmal quer zur Realität. Den dichten Quartieren fehlen in Basel bereits heute Grünflächen zu Kühlung und Erholung. Hier dürfen wir keine Abstriche zugunsten der Verdichtung machen. Es braucht also Augenmass und Verhältnismässigkeit und es braucht gleich lange Speise für alle, fürs dichte Matthäus genauso wie für das Bruderholz oder Neubad. Ein lebenswertes Zuhause in Basel soll für alle bezahlbar bleiben.

Und wenn Sibylle Wälty in den Medien von Wohntürmen spricht, dann bereitet uns das Sorgen. Hochhäuser sind weder flächeneffizient, noch sind sie nachhaltig, noch schaffen Sie günstigen Wohnraum. Die bezahlbaren Wohnungen finden sich im Bestand. Die dichten Quartiere zeichnen sich durch Blockrandbebauungen aus. Eine soziale und klimagerechte Stadtentwicklung setzt auf den Bestand und dazu gibt das Konzept der 10 Minutennachbarschaft noch viel zu wenig Antwort.

Denken wir also nicht nur an Dichte, denken wir an Wohnflächensuffizienz, denken wir daran, wie unsere Wirtschaft in Zukunft wachsen soll, denken wir an die grauen Emissionen von Neubauten, an die Stadt für alle. Und nutzen wir die Chancen dieser Motion, die raumplanerischen Instrumente darauf auszulegen, unsere Quartiere zu begrünen, Aufenthalts- und Begegnungsorte zu schaffen, unsere Strassen von Verkehr zu beruhigen und das lokale Gewerbe zu stärken. Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie daher, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

*Ismail Mahmoud (SP):* Die SP-Fraktion hat hier ein Offen. Wir haben dieses Geschäft relativ breit diskutiert. Wir sehen die positiven Aspekte der 10 Minutennachbarschaft, aber es ist dennoch fraglich, ob dieses Konzept wirklich das richtige Instrument ist, der richtige Ansatz, um steigende Mieten und Gentrifizierung zu bekämpfen.

Zuerst einmal möchten wir anerkennen, dass die Regierung nicht untätig geblieben ist. In der Mobilitätsstrategie wurde festgehalten, dass die Stadt der kurzen Wege umgesetzt werden soll und wird. Es ist wichtig, dass die Wege kurz sind in den Nachbarschaften, in den Quartieren und das begrüssen wir sehr. Auch im Zonenplan ist festgehalten, dass es ein verdichtetes Potenzial gibt und die Stadtteilrichtpläne sind genau diese Art von Plänen, die wir sehr schätzen, denn dort wird auf die Realitäten des Quartiers eingegangen, es wird geschaut, was gebraucht wird und hier wäre eine 10-Minuten-Nachbarschaft wahrscheinlich zu starr, wie es die Regierung auch festgehalten hat.

An dieser Stelle kann ich mich meiner Vorrednerin anschliessen, im kantonalen Richtplan, in den Bebauungsplänen ist nach wie vor ein Verhältnis von eins zu eins vorgesehen, was Wohnen und Arbeit betrifft. Auch jetzt im Kanton besteht dieses Verhältnis und das ist natürlich problematisch. Mehr Beschäftigte bei mangelndem Wohnraum führt automatisch zu einer Preisentwicklung nach oben, und diese Preisentwicklung ist der perfekte Nährboden für weitere Gentrifizierung, und das wollen wir ja eben nicht. Und hier hat die 10-Minuten-Nachbarschaft einen anderen Ansatz, eine andere Antwort, nämlich dieses Verhältnis von 2 zu 1 anzustreben und gerade dort, wo neu gebaut wird, in den Transformationsarealen, wäre es doch sehr erstrebenswert, dieses Verhältnis umzusetzen.

Wir begrüssen grundsätzlich die Umwandlung in einen Anzug, so hätte die Regierung die Möglichkeit, diesen zentralen Punkt der 10-Minuten-Nachbarschaft, dieses Verhältnis von 2 zu 1 herauszupicken und zu schauen, wo dies umgesetzt werden könnte. Wichtig ist und bleibt: Raumplanung muss ökologisch und sozial flankiert sein, immer.

Wir haben ja ein Offen eingegeben. Es gibt Teile der SP-Fraktion, die sich dennoch nicht sicher sind, ob dieses Konzept wirklich der richtige Ansatz ist, scheint es doch ein relativ technokratischer Ansatz zu sein, der Top Down ist und weitflächig zu starr ist, wie es die Regierung auch gesehen hat. Ich bin nicht sehr oft auf dem Bruderholz, aber es wäre schon spannend zu sehen, wie dort eine 10-Minuten-Nachbarschaft aussehen würde. Deswegen unser Offen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Michael Hug für die LDP.

*Michael Hug (LDP):* Es würde wir uns auch wundernehmen, wie auf dem Bruderholz eine 10 -Minuten-Nachbarschaft aussehen würde, deswegen steht in meinem Vorstoss auch klar, dass es nur an geeigneten Orten umgesetzt werden soll.



Ja, das Konzept von Sibylle Wälty ist numerisch ausgerüstet und sehr strikt in der Ausformulierung. Als ich dann die Reaktionen gehört habe, habe ich mich auch bereit erklärt, hier für eine Weiterbearbeitung über einen Anzug zu gehen, anstatt an der starren Motion festzuhalten. Ich konnte dann verschiedene Gespräche führen und habe dann auch mitbekommen, dass die Planung, wie die Stadt sich weiterentwickeln soll, vor allem auf die Transformationsareale ausgerichtet ist. Das heisst, man geht davon aus, dass das Entwicklungspotenzial in der bebauten Siedlungsstruktur klein ist oder gar nicht vorhanden ist. Die einzige Entwicklung, die wir momentan sehen, geht über Sondernutzungspläne, also Bebauungspläne, die dann immer wieder auch hier im Parlament diskutiert werden können. Fakt ist aber, dass wir ein Raumplanungsgesetz haben auf einer nationalen Ebene, die mit grosser Mehrheit vor einigen Jahren durch das Schweizer Volk so verankert wurde. Und das führt halt genau zu diesem Problem: Man will nicht, dass die Agglomeration noch weiter wächst, man möchte nicht, dass grüne Felder neu eingezont werden und hier möchte man trotzdem auch in der Stadt nicht, dass zu viel neuer Nutzungsdruck, zu viele neue Wohnungen gebaut werden, obwohl wir natürlich eine Wohnungsnot haben. Das ist ja gerade diese Spirale, die sich gerade dreht. Darum, denke ich, ist es essentiell wichtig, neben den Transformationsarealen auch nochmals genau einen Blick zu richten auf die bebaute Stadt. Wo gibt es Gebiete, die sich anbieten, verdichtet und entwickelt zu werden, aber nicht einfach im Sinn «Wir machen jetzt Beton bis 100 Meter hoch» sondern eben im Sinne, welche Nutzung den besten Mix bringen zwischen Grünraum, Wohnraum, Arbeitsraum und eben auch den verkehrlichen Aspekten, die das mit sich bringt.

Die 10-Minuten-Nachbarschaft hat ja immerhin auch den Vorteil, dass der Verkehr von der Agglomeration in die Stadt zu den Arbeitsstätten reduziert werden sollte oder zumindest eingegrenzt werden sollte, und es ist schon spannend, die Perspektive für den Kanton Basel-Stadt – das haben wir in in verschiedenen Abstimmungskämpfen gehört, zuletzt zum Nationalstrassenausbau – geht davon aus, dass bis 2050 140'000 mehr Menschen in der Region, in der Agglomeration Basel wohnen. Und wir müssen uns schon entscheiden, wo diese dann genau wohnen und wo sie arbeiten gehen. Irgendwo sehe ich uns als Gemeinschaft auch in der Verantwortung, mehr Wohnraum zu bauen, neben den Wirtschafts- und Arbeitsflächen.

Darum sehe ich es in der Weiterbearbeitung als Anzug auch als Auftrag an die Verwaltung, dass man eine Gesamtrevision der Richtplanung, deren letzte aus dem Jahr 2000 stammt, anstrengt. Das ist nicht in unserer Kompetenz, sondern eben im Kanton Basel-Stadt in der Kompetenz der Regierung. Man soll prüfen, wo entwickelt werden kann. Das muss nicht über den Hochhausbau sein. Das kann eben auch über den Blockrand geschehen, aber nicht überall ist diese Bautypologie sinnvoll.

Darum möchte ich Ihnen noch einmal wirklich ans Herzen legen, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen, mit dem klaren Auftrag, die Richtplanung zu überarbeiten und unsere bebaute Stadt so weiterzuentwickeln, dass sie die Bedürfnisse der jetzigen Zeit richtig aufnehmen kann für eine zukunftsfähige Stadt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen von Fina Girard und Oliver Thommen. Diese werden angenommen. Zuerst hat das Wort Fina Girard.

*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Sie sagen, das Bruderholz sei nicht geeignet. Könnten Sie mir kurz ausführen, warum dieses Quartier als einziges davon ausgenommen werden sollte?

*Michael Hug (LDP):* Es soll nicht das einzige Beispiel sein. Weil es ein reines Wohnquartier ist, ist es kein geeignetes Beispiel für dieses Konzept. Aber sprechen wir für die Gegend um den Bahnhof. Dort ist das ja ein Thema. Ich sehe eher die Nauenstrasse und die Clarastrasse im Fokus, um das Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraum anzupassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Zwischenfrage von Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Sind Sie denn auch bereit, für eine Verkehrspolitik zu sorgen, damit die Menschen, die in diesen dichten Quartieren wohnen, dann auch gern dort wohnen, ohne Dreck und Lärm?

*Michael Hug (LDP):* Ich bin immer bereit, mich gegen Dreck und Lärm einzusetzen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.



*Joël Thüring (SVP):* Ich muss zugeben, ich bin langsam beunruhigt. Ich bin schon den ganzen Morgen derselben Meinung wie Regierungsrätin Esther Keller. Ich bitte Sie auch bei diesem Vorstoss, der Regierung zu folgen und ihn abzuschreiben resp. nicht zu überweisen. Wir waren schon bei der ersten Überweisung dieses Vorstosses gegen die Motion Hug. Die Idee dieser Motion, die ja sehr theoretisch auf Basis von Studien und einer Professorin der ETH liegt, ist natürlich sehr interessant. Sie ist einfach in der praktischen Umsetzung absolut unrealistisch. Der Regierungsrat führt das aus, man müsste, um dieses Verhältnis zu schaffen, die Bevölkerungszahl auf 400'000 in Basel anwachsen lassen. Das will die SVP-Fraktion auf gar keinen Fall. Wir sind der Ansicht, dass das Verhältnis sich nicht so anpassen soll, wie das mit dieser 10-Minuten-Nachbarschaft der Fall ist. Das würde nämlich bedeuten, dass wir noch mehr verdichten müssten. Wir müssten Grünraum vernichten und die SVP-Fraktion wehrt sich dezidiert dagegen, dass Grünräume weiter vernichtet werden.

Dann haben wir heute immer wieder gehört die Idee der Stadt der kurzen Wege. Ich finde diese Diskussion relativ skurril in diesem Lande. Ich würde sogar behaupten, wir sind das Land der kurzen Wege. Es gibt, wenn Sie mit einer Person in den Vereinigten Staaten sprechen oder auch in anderen Ländern Europas, wohl kein Land, das alles in derart kurzer Distanz erreichbar gemacht hat, von der Gesundheitsversorgung über alles andere, was da auch noch dazugehört. Deshalb finde ich diese Diskussion gerade auch in Basel etwas ganz besonders. Michael Hug hat vorher als Beispiel die Nauenstrasse erwähnt oder auch das Gundeli. Ich habe mir dann überlegt, was genau jetzt aus dem Gundeli oder von der Nauenstrasse nicht innerhalb von 10 Minuten erreichbar ist, das tatsächlich auch notwendig ist. Mir kommt da nichts in den Sinn, ausser vielleicht an der Bachlettenstrasse wo ich wohne bald der Unterflurcontainer, der ist vielleicht weiter weg als 10 Minuten.

Aber ansonsten in dieser Stadt der heute schon sehr kurzen Wege scheint mir diese Idee nun wirklich nicht besonders prioritär zu sein. Und wenn wir schauen, was es für andere Beispiele gibt an Städten auf der Welt, dann haben diese auch eine ganz andere Dimension als Basel. Wir sprechen hier von einer Stadt mit gut 200'000 Einwohner. Das Beispiel dieser Idee Portland wird ja auch in der Motionsbeantwortung des Regierungsrates erwähnt. Portland hat, wenn man das ganze Gebiet darum herum nimmt, eine Bevölkerungszahl von zweieinhalb Millionen, das ist also schon fast ein Viertel der Schweiz. Und auch andere Beispiele überzeugen mich in diesem Zusammenhang nicht. Und dort, wo es tatsächlich zu funktionieren scheint, muss man sagen, das sind Städte, die erst gebaut wurden, zum Beispiel Poundbury. Das ist eine Stadt, die 1993 in England geschaffen wurde mit diesem Gedanken des Konzepts. Das ist natürlich eine andere Ausgangslage, wenn Sie eine Stadt neu bauen. Ein aktuelles Beispiel finden Sie in Saudi-Arabien. Dort kann man sich solche Ideen natürlich schon auch überlegen, weil man von Anfang an die Möglichkeit hat, es so aufzugleisen. Aber in einer schon gebauten Stadt – und Fina Girard hat ja mit der Zwischenfrage eine sehr gute Frage auf den Punkt gebracht – in einer schon gebauten Stadt mit gebauten Quartieren, wie zum Beispiel dem Bruderholz oder auch anderen Gegenden, ist das auch in der Realität praktisch nicht umsetzbar.

Und deshalb glaube ich, verlieren wir nichts, wenn wir diesen Vorstoss heute nicht an den Regierungsrat überweisen, weil der Regierungsrat in seinen Überlegungen, das führt er ja auch aus, überall dort bereits heute schaut bei den Bebauungsplänen, bei der Mobilitätsstrategie, beim Richtplan, bei den Stadtteilrichtplänen, dass es eben möglichst kurze Wege, eine möglichst einfache Zugänglichkeit gibt. Darüber hinaus zu gehen, scheint mir nicht angebracht zu sein.

Und der letzte Punkt, der für die SVP-Fraktion noch zusätzlich entscheidend zu sein scheint, ist, dass es für die Fortführung der Planung der Transformationsareale sehr gefährlich zu sein scheint, wenn wir hier eine zu starre Vorgabe machen würden. Das ist zugegebenermassen jetzt auch mit dem Vorschlag von Michael Hug, es als Anzug weiterzuverfolgen, natürlich etwas gemindert, aber trotzdem bleibt dies eine gewisse Gefahr. Und deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss heute nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ich habe bereits bei der Erstüberweisung ausführlich begründet, weshalb wir diese einseitige Umsetzung so nicht sinnvoll finden. Trotzdem nochmals kurz zusammengefasst: Ja für die Stadt der kurzen Wege, aber gegen eine einseitige massive Verdichtung, wie sie hier vorgeschlagen wird, vor allem eine Wohnverdichtung. Das weitere Problem ist, dass bei diesem Konzept oder vor allem, wie es der Motionär dann umgesetzt haben will, die Mobilität gar nicht aktiv angesprochen wird. Eine Stadt der kurzen Wege ist nicht nur die Folge einer Verdichtung, sondern es hat eben auch mit Mobilität zu tun und eben auch mit dem der Wirtschaft, dem Wirtschaftswachstum. Das wird vollständig ignoriert. Die Arbeitsplatzkonzentration ist überhaupt kein Thema.

Wenn wir dieses Konzept einigermaßen ernst nehmen würden, dann müssten wir jetzt in der BRK entscheiden Nein, die Roche darf kein weiteres Hochhaus bauen, sondern wir machen da eine Wohnüberbauung hin, denn das wäre die einzige Konsequenz daraus. Abgesehen davon, dass das Bruderholz verdichtet werden müsste mit Arbeitsplätzen.

Ich glaube, es zeigt einfach, dass es hier gar nicht darum geht, eine Stadt der kurzen Wege zu erreichen, sondern einfach eine Motion ist für mehr Bauen, mehr bauliche Verdichtung auf Kosten von Grünflächen und bezahlbarem Wohnraum. Wir von der BastA lehnen diese Motion deshalb klar ab, auch als Anzug.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Fina Girard und weitere beantragen die Überweisungen als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Darum wird die Motion als Anzug weiterbehandelt. Der Regierungsrat und weitere beantragen Nichtüberweisung. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung** (Stichentscheid des Präsidenten)

44 Ja, 45 Nein, 4 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0006432, 10.04.25 10:54:49*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit Stichentscheid des Präsidenten nicht zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich muss einen Stichentscheid fällen und ich folge hier der Regierung und bin gegen Überweisung.

## **55. Budgetpostulat 2025 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt), Schreiben des RR**

[10.04.25 10:55:02, 24.5538.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Mit diesem Budgetpostulat wird beantragt, im Bereich Jugend, Familie und Sport während zehn Jahren um jährlich 9'000 Franken zu ändern für die Anschaffung und Installation mobiler Beleuchtungsanlagen für die Sportplätze.

Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen des Budgetpostulats. Der Bedarf an Sportplätzen im Kanton Basel-Stadt ist unumstritten gross. Um die Belegung auf den Sportanlagen zu optimieren, hat das Sportamt zusammen mit den Vereinen bereits Massnahmen beschlossen, die auf das Wintersemester 2025/26 umgesetzt werden. Angesichts des beschränkten Platzangebots und der hohen Nachfrage ist auch die Beschaffung von mobilen Beleuchtungsanlagen sinnvoll. Das Erziehungsdepartement prüft aktuell mobile Beleuchtungsanlagen in Absprache mit dem schweizerischen Fussballverband und dem Regionalverband Nordwestschweiz. Das Erziehungsdepartement wird mobile Anlagen anschaffen. Die Anschaffungen werden aus dem Budget des Erziehungsdepartements erfolgen.

Deshalb beantragen wir, dieses Budgetpostulat abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich habe keine Wortmeldung eingetragen, es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

das Budgetpostulat nicht zu überweisen



## **56. Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR**

[10.04.25 10:57:20, 24.5540.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und im Budget 2025 zusätzlich einen Betrag von 75'000 Franken einzustellen. Ursprünglich wurden 150'000 Franken gefordert. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Grundsätzlich möchte ich zu Beginn anmerken, dass die Schulsozialarbeit an unseren Schulen eine tolle Arbeit macht und dazu beiträgt, dass Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in schwierigen Situationen Hilfe und Unterstützung erhalten. In diesem Bereich hat das Erziehungsdepartement in der Vergangenheit auch immer wieder wichtige Investitionen unternommen.

Auf der Sekundarstufe 2 ist in Basel-Stadt die Schulsozialarbeit institutionell nicht verankert. An den Gymnasien und der FMS können sich Jugendliche an den schulpсихologischen Dienst, die Lehrpersonen oder die Mitglieder der Schulleitungen wenden.

Die Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen wurde angesichts der steigenden Zahl labiler Schüler und Schüler in schwierigen Familienverhältnissen wichtig. Auch wenn das Angebot als willkommene Unterstützung gesehen wird, scheint an den Gymnasien und der FMS nach wie vor eine Person zu helfen, die vor Ort die Kommunikation und Triage zwischen den weiter zunehmenden Fällen von psychosozial und gesundheitlich labilen Schüler und Schüler und deren Eltern, den Sozialdiensten, Kliniken und so weiter gestaltet.

An der FMS sind die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in belasteten psychosozialen Lebenslagen sind, im Vergleich zu den übrigen Mittelschulen und Berufsschulen am höchsten. Das vorerst zeitlich begrenzte Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der FMS setzt darum an der richtigen Schule der Sekundarstufe 2 an und ermöglicht es, wichtige Erkenntnisse für eine allfällige Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen zu gewinnen. So soll vor allem geprüft werden, ob die psychosozial belasteten Schülerinnen und Schüler auf diese Weise die nötige Unterstützung, und die Lehrpersonen und die Schulleitungen die erforderliche Entlastung erhalten.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat die Erfüllung dieses Budgetpostulats und das Budget 2025 des Erziehungsdepartements im Umfang von 75'000 Franken zur Einrichtung eines vorerst zeitlich begrenzten Pilotprojekts Schulsozialarbeit an der FMS zu erhöhen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Bei der Erstüberweisung dieses Budgetpostulats sprach sich die LDP mehrheitlich gegen die Überweisung aus. Dies ist jedoch nicht aus inhaltlichen Gründen geschehen. Wie wir bereits bei der ersten Überweisung betont haben, sind wir der Überzeugung, dass das Anliegen der Einführung von Schulsozialarbeit mit einer grösseren Weitsicht angegangen werden sollte. Das Vorgehen des Regierungsrates zur Erfüllung des Budgetpostulats erscheint uns zu fragmentiert, beschränkt sich auf die FMS und wird gleichzeitig als Pilotprojekt deklariert. Wir erachten dieses Vorgehen als zu kurzfristig, wenig nachhaltig und zu wenig tragfähig. Das Thema Schulsozialarbeit ist von zu grosser Bedeutung.

Gerade in der Sekundarstufe sind Jugendliche mit zahlreichen Herausforderungen des Erwachsenwerdens konfrontiert. Themen wie Schulabsentismus oder auch die tiefe Abschlussquote auf Sekundarstufe 2 sind, wie wir sie in unserem Kanton haben, keine Begleiterscheinungen, sondern stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Entwicklung unserer Jugend dar und widerspiegeln sich letztlich in den gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Wir sind deshalb nach wie vor der Meinung, dass Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen, aufbauend auf den bestehenden Angeboten und Strukturen, dieser Herausforderung besser gerecht wird. Aus diesen Gründen sprechen wir uns weiterhin gegen das Budgetpostulat aus und fordern einen umfassenden Ansatz zur Thematik der Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Thomas Widmer Huber.



*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Die Mitte/EVP unterstützt das Pilotprojekt zur Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS. Der Bedarf ist da. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in belasteten psychosozialen Lebenslagen sind, sind laut Angaben des Regierungsrats im Vergleich zu den übrigen Mittelschulen und Berufsfachschulen am höchsten. Wir haben es gerade von Regierungsrat Mustafa Atici gehört.

Das zeitlich begrenzte Pilotprojekt an der FMS ermöglicht es, wichtige Erkenntnisse für eine allfällige Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen zu gewinnen. Es geht bei der Prüfung vor allem um zwei Fragen: Erhalten die psychosozial belasteten Schülerinnen und Schüler auf diese Weise die nötige Unterstützung und bringt es den Lehrpersonen und der Schulleitung die erforderliche Entlastung?

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, das vorliegende Budgetpostulat für das Jahr 2025 im Umfang von 75'000 Franken zu erfüllen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrat Atici verzichtet in einer zweiten Runde auf ein Votum. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat und zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 19 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006435, 10.04.25 11:05:10]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

In teilweiser Entsprechung des Budgetpostulats Sasha Mazzotti werden im Budget 2025 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 75'000 eingestellt. (Position Erziehungsdepartement, Dienststelle 265, Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 72 gegen 19 Stimmen.

## **57. Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 11:05:25, 24.5423.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Lassen Sie mich in kurze ein paar wichtige Fakten zu diesem Thema nennen: An den Basler Volksschulen werden Messenger Dienste für die Kommunikation zwischen der Schule und den Erziehungsberechtigten eingesetzt. Mit solchen Apps können Nachrichten, Termine und Dokumente einfach und direkt ausgetauscht werden. Das bietet viele Vorteile für beide Seiten. Aktuell sind die Schulen jedoch nicht verpflichtet, einen Messenger Dienst einzusetzen. Für diese Kommunikation besteht ein grosses Angebot an Diensten. Im Kanton Basel-Stadt sieht es aktuell so aus, dass viele Standorte die App von Club einsetzen. Zwei Primarschulen setzen die School-App ein.



Auch uns ist es ein Anliegen, dass digitale Anwendungen und Dienste durch möglichst einheitliche Plattformen angeboten werden. Beim Erziehungsdepartement laufen daher bereits Bemühungen, die Beschaffung und den Einsatz von Messenger Diensten an den Primar- und Sekundarschulen einheitlich zu regeln. Das heisst, wir sind bereits daran, die Anliegen des Vorstosses zu prüfen und umzusetzen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Sandra Bothe-Wenk für die GLP.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Ich freue mich sehr über die Tatsache, dass die schulische Kommunikation in Basel-Stadt bereits mehrheitlich über einen Messenger Dienst erfolgt. Das sind Good News vom Regierungsrat und es zeigt, eine zentrale Kommunikationslösung ist nicht nur möglich, sie ist auch praktikabel. An vielen Sek- und Primarschulstandorten wird bereits per Klub kommuniziert. Wir haben es gehört, lediglich an fünf, nach meiner Recherche nicht an zwei Primarschulen wird die Schulapp genutzt. Was die Übergangsfrist für eine einheitliche Lösung betrifft, bin ich angesichts des heutigen Stands offen und zuversichtlich, dass die laufenden Bemühungen zu einem zielführenden Abschluss kommen. Aber gerade weil diese Entwicklung ja bereits stattfindet, braucht es jetzt den nächsten Schritt. eine verbindliche zentrale Regelung. Warum? weil wir mit einer kantonalen Kommunikationslösung zwischen Schule, Lehrpersonen und Elternhaus sehr viel gewinnen.

Diese Punkte fasse ich gerne noch einmal zusammen. Wir schaffen eine moderne und verlässliche Kommunikation, einfach zugänglich und datenschutzkonform. Davon profitieren Familien mit Kindern an mehreren Schulstandorten genauso wie Lehrpersonen, die an verschiedenen Schulen unterrichten. Krankmeldungen, Elternabende, Projektinfos oder persönliche Nachrichten, all das kann übersichtlich über eine zentrale Plattform ausgetauscht werden, deren Server in der Schweiz stehen. Ein integrierter Übersetzungsdienst ermöglicht mehrsprachige Kommunikation, Lesebestätigungen schaffen Verbindlichkeit und der administrative Aufwand wird deutlich reduziert, für das Schulpersonal genau so wie für die Eltern. Das ist ein echter Mehrwert für den Schulalltag und eine Investition in die Beziehungsarbeit zwischen Elternhaus und Schule.

Der Vorstoss adressiert aber eine weitere wichtige Forderung, die in der Stellungnahme des Regierungsrat offenbleibt, die Notwendigkeit einer zentralen kantonalen Lösung, insbesondere mit Blick auf Lizenzierung, Datenverwaltung und administrative Zuständigkeiten. Wird die Motion nur als Anzug überwiesen. bleibt der Kern des Anliegens unverbindlich. Heute erfolgt die Beschaffung und der Einsatz von Messenger Diensten an Schulen dezentral. Das verursacht nicht nur unnötige Mehrkosten, sondern belastet besonders das Lehrmittelbudget der einzelnen Schulstandorte, obwohl es sich klar um eine Verwaltungsaufgabe handelt. Die kantonale Digitalisierungsstrategie von ICS BS verfolgt ausdrücklich das Ziel, Schulen administrativ und technisch zu entlasten. Bei den EduBooks für Schülerinnen und Schülern ist die administrative Verwaltung bereits zentral umgesetzt, doch im Bereich der Elternkommunikation passiert in der Praxis das Gegenteil, insbesondere weil verbindliche Standards fehlen.

Dass hier nicht nur Effizienz, sondern auch erhebliche Kosteneinsparungen möglich wären, zeigt das Bild auf die Zahlen. In der Stadt Bern kostet die zentrale Klublizenz inklusive Schulung und Support lediglich ein Franken pro Kind und Jahr bei rund 12'000 Schülerinnen und Schülern. In Basel hingegen zahlen einzelne Schulstandorte über ihr Lehrmittelbudget mehr als sechs Franken pro Kind für dasselbe Produkt. Hochgerechnet auf 18'300 Kinder und Jugendliche in der Volksschule entsteht so ein beträchtlicher finanzieller Mehraufwand pro Jahr, auch für die Primarschulen in Riehen und Bettingen. Selbst eine kantonale Lizenz während der Übergangslösung für die fünf Standorte mit Schulapp wäre kostengünstiger als eine individuelle Lizenz pro Schule, denn diese Kosten liegen ebenfalls bei rund sechs Franken pro Kind.

Noch ein Wort zur Teilautonomie: Ich bin überzeugt, eine zentrale Schulkommunikations-App-Lösung schränkt die Teilautonomie der Schulen nicht ein, sondern im Gegenteil, es würde sie stärken, denn sie ermöglicht es den Schulen eine datenschutzkonforme, kostengünstigere Lösung zu nutzen und gleichzeitig den administrativen Aufwand zu reduzieren, den sie besser in Bildungsprojekte investieren. Schulen sollen nicht mit der Verantwortung belastet werden, am Markt geeignete Lösungen zu suchen und deren Sicherheit zu prüfen. Das ist Aufgabe des Kantons.

Wir alle hören doch immer wieder, dass sich Schulen administrative Entlastung wünschen. Umso unverständlicher wäre es, wenn wir genau dann zurückkriechen, wenn eine konkrete und bereits praxiserprobte Lösung auf dem Tisch liegt, die erst noch kostengünstiger ist. Ich habe mich im Vorfeld mit diversen Schulleitungen und Leihlehrpersonen ausgetauscht und dabei wurde deutlich, sie würden eine zentrale, einheitliche, datenschutzkonforme Kommunikationslösung für unsere Schulen im Einklang mit der kantonalen Digitalisierungsstrategie und den realen Bedürfnissen von Schulen und Familien gewinnbringend finden.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Nächste Sprecherin für die Fraktion LDP ist die Catherine Alioth.



*Catherine Alioth (LDP):* Ich kann es eigentlich relativ kurz machen. Ratskollegin Sandra Bothe hat sehr ausführlich dargelegt, worum es geht in dieser Motion. Wir finden die Motion hier richtig und wichtig. Denn diese würde die Schulleitungen erheblich entlasten und auch eine klare Struktur schaffen, wenn ein einheitlicher Messenger Dienst da ist, und das käme allen Beteiligten zugute.

Wir nehmen auch erfreut zur Kenntnis, dass im ED bereits Schritte unternommen werden, um die Beschaffung und den Einsatz von Messenger Diensten an unseren Volksschulen zu vereinheitlichen. Aus diesem Grund sind wir überzeugt, dass die Motion hier richtig ist, um zügig einen einheitlichen Messenger Dienst zur Verfügung zu stellen. Wir denken, ein Anzug ist zu unverbindlich und deshalb empfehlen wir Ihnen, die Motion als Motion zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Alexandra Dill für die SP.

*Alexandra Dill (SP):* Ich habe bei der Erstüberweisung dieser Motion Sie alle mitgenommen in meinen Familienalltag und ich hoffe, Sie haben noch vor Augen, welche Vereinfachungen ein Messenger Dienst im Familienmanagement bringt. Aber es geht hier nicht um meinen Familienalltag, sondern um viel mehr. Es geht um Inklusion, denn ein Messenger Dienst ist barrierefrei und mehrsprachig. Es geht um Datenschutz und faire Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen. Sie können sich abgrenzen und müssen keine privaten Kanäle mehr für Elternkommunikation nutzen. Es geht aber auch um Kosteneffizienz, denn eine zentrale Lösung spart Kosten und entlastet die Schulen von administrativem Aufwand, Sandra Bothe hat das bestens dargelegt.

Schulen, die bereits einen Elternkommunikation Messenger haben, bezahlen ihn aktuell aus dem Lehrmittelbudget, obwohl Verwaltungs- und Digitalisierungsdienste sonst zentral organisiert und gedeckt sind. Dieses Geld fehlt dann anderswo und das finde ich einfach schade. Die SP sieht diese Anliegen in der Stellungnahme der Regierung als zu wenig verbindlich berücksichtigt und möchte darum ebenfalls bei der Zweitüberweisung an einer Motion festhalten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich habe eine Schulapp. Ich sage nicht welche, aber ich würde mir manchmal wünschen, wir hätten hier im Parlament so etwas, vielleicht kommt ja irgendwann ein Anzug an das Ratsbüro, dass die Kommunikation und alles um den Alltag herum so managen würde wie so eine Schulapp. Alexandra Dill hat ja schon gesagt, dass dies eine echte Erleichterung ist. Es ist wirklich etwas Wunderbares und ich bin so froh, dass es das gibt.

Ich möchte Ihnen kurz noch darlegen, warum Sie hier als Motion überweisen sollen. Die Vorrednerinnen haben eigentlich schon sehr viel gesagt, aber vielleicht noch einige Punkte, die mir noch wichtig sind. Wenn Sie keine App haben, dann findet die Kommunikation trotzdem statt. Kommunikation findet immer statt. Deswegen ist es wichtig, dass es etwas gibt, irgendein Gefäss, wo diese Kommunikation stattfinden kann. Das ist nicht nur wichtig, damit die Eltern ihren Schulalltag einfach managen können, sondern es ist auch wichtig, weil die Lehrpersonen ja auch ein Recht auf Privatsphäre haben und man muss einfach etwas realistisch sein. Wenn es keine App gibt, die zur Verfügung gestellt wird, dann wird einfach Whatsapp verwendet und das läuft dann 24 Stunden neben dem Beruflichen auch mit dem Privaten, und jede Person hat das Recht, ab und zu nicht von Eltern bezüglich irgendeiner Prüfung oder was auch immer angegangen zu werden.

Das zweite ist der Datenschutz und ich möchte jetzt explizit nicht etwas sagen zu irgendeiner bestimmten App oder was auch immer. Es ist einfach wichtig, wenn der Regierungsrat jetzt den Auftrag als Motion erhält, dass er wirklich schaut, dass es ein Messenger ist, der wirklich auch datensicher ist und der auch funktional ist.

Warum als Motion? Es wurde bereits gesagt, angesichts der schon langen Geschichte ist es wichtig, dass das ED hier einen verbindlichen Auftrag erhält, auch wenn es natürlich jetzt mit einem neuen Vorsteher vielleicht auch anders wird, aber die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es hier wirklich eine klare Sprache braucht, damit das auch wirklich umgesetzt wird und damit es, und das möchte ich hier wirklich ausdrücklich nochmal wiederholen, nicht aus dem Lehrmittelbudget bezahlt wird, denn das ist nicht der Sinn der Sache. Wir haben auch nicht im Dezember mehr Lehrmittel gesprochen, damit man dann Lizenzgebühren für Messenger Dienste bezahlen kann. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Vielleicht noch zur Spezifizierung: Ein Problem ist, dass, wenn das jede Schule selber machen muss, sie ja nicht nur die Lizenz selber kaufen muss, sondern sie muss auch überlegen, welche Funktionen sie haben möchte, denn die App, die wir jetzt an der Schule meiner Kinder benutzen, hat natürlich viele Funktionen und jede zusätzliche Funktion kostet. Dann muss das jede Schule selber machen und das ist doch völlig absurd, dafür gibt es ja eine zentrale Verwaltung, die so etwas mit einer Strategie dahinter eine solche App beschaffen kann und die Funktion bestimmen kann, damit alle den gleichen



Handlungsspielraum haben und nicht jede Schule einen administrativen Aufwand dafür betreiben muss. Das ist das zentrale Argument, nämlich dass hier für einmal die Zentralisierung im ED auch etwas Sinnvolles bewirken kann.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionsprecher ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* In aller Kürze, weil ich dieses Geschäft auch nicht überbewerten will: Pro forma stellt die SVP den Antrag auf Abschreiben.

Wir haben vorhin gehört, was im ED bereits getan wird. Weshalb wollen wir dann diesen Anzug stehenlassen? Braucht es diese Zentralisierung? Aus unserer Sicht nein, das System funktioniert und wenn die Schulen unterschiedliche Funktionalitäten wollen, dann wollen sie das, das kann man dezentral managen. Auch bei uns übrigens gibt es Familienalltag und auch der funktioniert im Moment nicht so schlecht.

Also man kann das Ganze gut in die Geschichtsbücher verschieben, abschreiben und schauen, was dann das ED irgendwann mal bringt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Einzelsprechen hat sich Sasha Mazzotti gemeldet.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich staune ein bisschen, hier geht es über die SVP, es geht hier auch um Steuergelder, es geht hier darum, dass man eine Lizenz einfordert. Sandra Bothe hat es gesagt, in Bern hat man das gemacht, da kostet es einen Franken pro Schüler:in, hier sechs Franken. Das geht auf Kosten von etwas anderem, nämlich vom Materialmudget. Das betrifft auch Ihre Kinder, die alle noch schulpflichtig sind. Es geht hier nicht darum, dass wir beschliessen, was die bessere App ist. Es geht einfach darum, dass die Fachpersonen im ED dies machen müssen und nicht die Schulleitungen. Die Schulleitungen haben genug anderes zu tun, es sind pädagogisch geschulte Personen und müssen jetzt auch noch verhandeln und so weiter. Es geht darum, dass die Leute im ED schauen, ob es sicherheits- und datenschutzkonform ist, ob es den Bedürfnissen an den Schulen entspricht, und dann wird das mit dem Anbieter ausgehandelt, es wird ausgeschrieben, diesen Weg kennen Sie wahrscheinlich besser als ich. In der Regel dauert das ein Jahr, ich glaube, man hat für die Umstellung etwa fünf Jahre. Das ist der Job der Verwaltung und nicht der Schulen. Darum bin ich erstaunt, dass dies auf bürgerlicher Seite nicht unterstützt wird, Danke an die LDP, die auch bürgerlich ist. Ich könnte noch lange reden, aber ich glaube, Sie haben den Punkt begriffen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sandra Bothe-Wenk und weitere beantragen die Überweisungen als Motion. Daher kommen wir zuerst zu einer Eventualabstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

## Ergebnis der Abstimmung

**19 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006437, 10.04.25 11:24:07]

## Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 68 gegen 19 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Lorenz Amiet beantragt Nichtüberweisung. Daher kommen wir zur nächsten Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**80 Ja, 9 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006438, 10.04.25 11:24:46]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 80 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung.

## 58. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR

[10.04.25 11:25:03, 24.5367.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir nehmen die Aufgabe, Lehrpersonen zu Beginn ihrer Schultätigkeit bestmöglich zu begleiten, sehr ernst. Auch Studierende an der PH FHNW, die bereits während ihres Studiums eine Lehrtätigkeit beim Kanton aufnehmen, sollten selbstverständlich gut unterstützt werden. Mindestens ebenso gut wie Absolventinnen und Absolventen einer PH. In Basel-Stadt kennen wir mit dem so genannten begleiteten Berufseinstieg bereits ein Programm zur umfassenden Unterstützung von Berufseinsteigerinnen und -einsteigern. Wir sind dabei, dieses Programm mit den Studienanforderungen der PH FHNW zu koordinieren und in Einklang zu bringen.

Ziel dieser Bemühungen ist es, den begleiteten Berufseinstieg auf Studierende mit Lerntätigkeit beim Kanton auszuweiten. Insofern erfüllen wir bereits, was die Motion fordert. Der Kanton Basel-Stadt nimmt im Programm des begleiteten Berufseinstiegs eine Pionierrolle ein. Wir möchten aus pragmatischen Gründen davon absehen, die Erweiterung dieses Programms auf Studierende auf vierkantonaler Ebene anzugehen. Den anderen Kantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz steht es frei, bei Bedarf das Basler Modell oder Teile davon zu übernehmen. Das würden wir selbstverständlich begrüssen.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf die Studienvariante Bachelor Plus oder Master Plus hinweisen. Diese Studienvariante, bei welcher die Studierende bereits während ihres Studiums eine Lerntätigkeit beim Kanton innehaben, hat es zum Ziel, den Übergang vom Studium in den Beruf optimal zu gestalten. Leider ist dieses Pilotprojekt mangels Interesse der Studierenden gescheitert. Sie ziehen eine selbst organisierte Anstellung mit entsprechend mehr Flexibilität und Freiraum einer von der PH begleiteten Anstellung vor. Vor diesem Hintergrund beantragen wir Ihnen, die Motion dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Zaira Esposito.

*Zaira Esposito (SP):* Zunächst möchte ich mich beim Regierungsrat für die Stellungnahme zu diesem Geschäft und auch für seine Bemühungen in der Sache bedanken. Unseren Vorbehalt gegenüber dem ausgewählten parlamentarischen Instrument haben wir bereits bei der Erstüberweisung erwähnt und dementsprechend werde ich diesbezüglich auch nichts sagen.



Allerdings halten wir daran fest, dass attraktivere Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen von enormer Bedeutung sind, um dem Lehrkräftemangel langfristig entgegenzuwirken und die Schulqualität auf lange Sicht sicherzustellen.

Für junge Personen kann sich der Einstieg in die Lehrtätigkeit schwierig gestalten. Neben der Gestaltung des Unterrichts sind sie vom ersten Tag an mit teilweise schwierigen familiären Verhältnissen der Schulkinder konfrontiert. Zugleich sind vielschichtige Erwartungen zu erfüllen, die von den Eltern, Schulleitungen, Kolleginnen und Kollegen oder von der Schulsozialarbeit gestellt werden.

Heute den Astronauten von Morgen die Sterne näherbringen. So war im Jahr 2023 eine Kampagne gegen den Lehrkräftemangel auch in unserem Kanton. Zuerst liegt es aber in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich Lehrpersonen ab dem ersten Arbeitstag in den Schulen wohlfühlen und die notwendigen Unterstützungsangebote für den Einstieg in die Berufspraxis erhalten. Sie alle sind bedeutende Stütze des Bildungssystems und leisten im Zeitalter des Lehrkräftemangels einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Bedarfes.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Stellungnahme die Notwendigkeit, alle Lehrpersonen zu Beginn ihrer Schultätigkeit bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen. Das haben wir vorhin gehört und das schätzen wir natürlich sehr. Allerdings gibt es in unseren Augen Handlungsbedarf, gerade für jene jungen Lehrpersonen, die neben ihrem Studium selbst organisiert an Schulen tätig sind. Sie sind vom Angebot des begleitenden Berufseinstiegs an Volksschulen ausgeschlossen und können nicht von Unterstützungsangeboten profitieren. Solche Angebote gibt es nur für die Ausbildungsvariante Bachelor und Master Plus, die, wie wir schon vorher gehört haben, notabene ab Herbst 2025 nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Uns ist es bewusst, dass der Fokus während der Ausbildung auf den Studieninhalt gelegt werden soll, denn wir brauchen gut ausgebildete Lehrpersonen für ein starkes Bildungssystem. Doch wünschen wir uns eine umfassende, nachhaltige Lösung zur Unterstützung von jungen Lehrpersonen in ihrem beruflichen Alter. Es ist essenziell, heute ein Zeichen zu setzen, um den Nachwuchs in Lehrberufen zu fördern und ein frühzeitiges Ausbrennen von jungen Lehrpersonen zu verhindern.

In diesem Sinne bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, dieses Geschäft heute als Anzug zu überweisen, damit das Thema weiterverfolgt wird und Massnahmen ergriffen werden. Dann klappt es vielleicht auch mit den Astronautinnen und Astronauten von Morgen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Laurin Hoppler.

*Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb):* Ich spreche hier auch im Namen der Fraktion BastA. Ganz ehrlich, ich bin ein bisschen enttäuscht vom Regierungsrat, enttäuscht, weil wir immer wieder das gleiche Argument hören, wenn es um die Fachhochschule Nordwestschweiz geht. Wir können nichts machen, weil wir sind ein eigener Kanton. Wir müssen immer mit allen anderen Kantonen, die beteiligt sind, zusammen entscheiden. Daher können wir gar nichts verändern und es besteht auch kein Wille, dies wirklich zu tun. Und langsam nervt mich dieses Thema wirklich, weil ich es einfach nicht verstehe, wieso unser Kanton nicht für unsere Personen, die an den Schulen angestellt sind und betroffen sind, schauen kann. Das verstehe ich einfach nicht.

In meiner Motion geht es ja um die Lehrpersonen, die bei uns im Kanton angestellt sind an den Schulen, und nicht darum, dass wir anderen Kantonen vorschreiben wollen, dass die genau diese Massnahmen auch umsetzen müssen, sondern es geht darum, dass wir die Angestellten von unserem Kanton unterstützen. Und dabei geht es nicht darum, dass wir irgendwie das Bildungssystem oder das ganze System auf den Kopf stellen. Es geht nur darum, dass man Massnahmen ergreift, um junge Lehrpersonen zu unterstützen.

Sie haben vorher gesagt, dass das Pilotprojekt gescheitert ist oder bald endet, weil es auch nicht auf genügend Resonanz gestossen ist. Das ist schade, aber liegt wohl auch daran, dass es sehr technisch ist, weil es zu stark an der Fachhochschule angegliedert ist, Teil des Studiums ist und nicht einfach flexibel die Personen stützt, die daneben arbeiten wollen. Und momentan ist so ein Modell auch finanziell gesehen nicht attraktiv. Deshalb haben wir auch den Vorstoss von Fina Girard, der genau dieses Thema aufgreift, weil wir da einen Beruf haben, der nicht ganz unanstrengend ist und gerade am Anfang müssen wir auf diese Menschen schauen und solche Angebote schaffen oder ausbauen. Sie müssen auch nicht Pflicht sein, sondern es muss die Möglichkeit bestehen, dass diese Personen den Zugang dazu haben oder zumindest informiert werden darüber, dass es diese Massnahmen, die vielleicht schon bestehen, gibt und dass man diese weiter ausbaut.

Also noch einmal, die Entscheidung dafür ist nicht abhängig von allen Kantonen, sondern wir können hier ganz selbstständig sein und solche Massnahmen ergreifen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion jetzt in einen Anzug umzuwandeln. Ich kann verstehen, dass man hier wieder auf die rechtliche Zulässigkeit kommt. Das ist Usus, wenn es um dieses Thema geht. Darum können wir das gerne in einen Anzug umwandeln und ich bitte Sie, dies zu tun. Und den Regierungsrat bitte ich



dementsprechend, dann auch selbstständig zu werden und die Mittel und Wege zu schaffen, um diese Unterstützung zukünftig zu bieten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Ich habe ihn meiner Rede genau erwähnt, was kantonal möglich ist. Das wird auch vom Kanton unternommen. Wir machen auch einiges, aber es gibt auch eine Tatsache in gewissen Bereichen. Wir sind verbunden mit anderen drei Kantonen, um zusammen weitere Fortschritte zu entwickeln.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Zaira Esposito und weitere beantragten die Überweisung als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Darum wird die Motion als Anzug behandelt. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen daher zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst nicht die Überweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006440, 10.04.25 11:37:06]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 45 gegen 44 Stimmen.

## **59. Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 11:37:20, 24.5333.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Gerne möchte ich ein paar Punkte aufführen, welche die Überlegungen des Regierungsrates zu diesem Vorstoss wiedergeben. Gleich zu Beginn möchte ich sagen, dass der Regierungsrat die inhaltlichen Ziele der Motion durchaus teilt. Wichtig ist jedoch, eine Erhöhung der Ausbildungsquote auf Sekundarstufe 2, wie es der Motionär anstrebt, wird nur mit einem ganzheitlichen stufenübergreifenden Ansatz erfolgreich sein. Es braucht dafür zielführende, konkrete Massnahmen, die hinsichtlich ihrer Wirkung, Kosten, Rechtsfolgen und weitere Folgen geprüft werden müssen. Wir möchten auch die bisherigen Erfahrungen in Genf und im Tessin näher untersuchen. Die seriöse Erarbeitung der dafür notwendigen Grundlagen ist innerhalb eines Jahres, wie in der Motion verlangt, nicht möglich. Dies ist auch einer der Hauptgründe, warum beantragt wird, die Motion als Anzug zu überweisen. Ein Anzug gibt dem Erziehungsdepartement die nötige Zeit, um die vielen Fragen, die mit einem Ausbildungsobligatorium verbunden sind, sorgfältig zu klären und dann dem Grossen Rat darüber zu berichten. Aus all diesen Gründen beantragen wir dem Grossen Rat, die Motion Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt als Anzug zu überweisen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Sandra Bothe-Wenk für die GLP.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe 2 ist ein zentrales bildungs- und gesellschaftspolitisches Ziel. Alle jungen Menschen sollen unabhängig von ihren Startbedingungen eine tragfähige berufliche Perspektive erhalten. Dieses Ziel und die Sorge über den anhaltenden hohen Anteil Jugendlicher ohne Abschluss, junger Menschen ohne Abschluss im Kanton Basel-Stadt teilen wir Grünliberalen vollumfänglich. Die Folgen sind gravierend für die jungen Menschen selbst, auch für die Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Forderung nach einem Ausbildungsobligatorium bis 18 ist Ausdruck eines berechtigten Handlungswillens. Umso wichtiger ist es nun, nachhaltige Schlüsse aus der Antwort der Regierung zu ziehen, wirksam und langfristig tragfähig. Trotz grosser Sympathie für das Anliegen sprechen wir uns für eine Überweisung als Anzug aus. Ich begründe dies wie folgt:

Die Regierung verweist auf eine breite Palette bestehender Massnahmen und Gefässe entlang der Schul- und Berufslaufbahn, in die ein Obligatorium eingebettet werden könnte. Diese Strukturen sind zentral und in vielen Fällen wirksam. Dennoch reichen sie bisher nicht aus, um alle Jugendlichen erfolgreich zum Abschluss zu führen. Bevor ein Obligatorium auf diese Angebote abstützt, braucht es eine fundierte Analyse. Wo stossen die bestehenden Gefässe an ihre Grenzen und warum? Wir müssen wissen, wo sie funktionieren, wo sie scheitern und für wen. Die GLP begrüsst, dass das ED mit seinem Projekt LiB eine stufenübergreifende Gesamtstrategie entwickelt. Sie setzt am richtigen Punkt an bei der Passung der Angebote zu den Voraussetzungen der Jugendlichen und den Ursachen für Dropouts und Lehrabbrüche.

Gleichzeitig wissen wir, ein Obligatorium allein schafft noch keine Motivation und keine Ausbildungsreife. Führt man diese Argumente zusammen, kommen wir Grünliberalen zum Schluss, dass eine formale obligatorische weiterführende Ausbildungszeit nicht automatisch zu besseren Ergebnissen führt. Juristische Hürden, so anspruchsvoll sie sein mögen, sollten hingegen kein Hinderungsgrund sein, wenn ein Obligatorium zielführend ist. Wären allein diese formalen Anforderung der Grund für eine Ablehnung, hätte die GLP einer verbindlichen Überweisung zugestimmt. Ebenso kann man die Umsetzungsfrist verlängern. Für uns Grünliberale steht aber fest, es braucht ein koordiniertes und differenziertes Vorgehen, um eine tragfähige Lösung zu finden und die Abschlussquote tatsächlich langfristig wirksam zu erhöhen.

Aus unserer Sicht sollten unter anderem folgende Punkte zusätzlich weiterverfolgt werden. Zum Beispiel eine kritische Analyse der bestehenden Massnahmen und schulischen Schnittstellen, etwa mit Blick auf Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit ein Vollzeitpraktikum absolvieren, aber noch keine Lehrstelle haben oder erhalten. Sie werden nicht durch die Lehrstellenaufsicht begleitet und fallen womöglich durch das Raster. Gerade in Übergangsphasen braucht es eine Begleitung der jungen Menschen. Die Prüfung ergänzender Optionen, etwa eine Stichtagsverschiebung beim Schuleintritt oder ein freiwilliges 10. Schuljahr innerhalb der Volksschule.

Die Grünliberalen folgen der Empfehlung der Regierung. Wir sprechen uns für eine Überweisung als Anzug aus, damit das Anliegen sorgfältig geprüft und gezielt in die laufende Strategieentwicklung eingebettet werden kann. Wir bleiben offen für das Obligatorium, das möchte ich wirklich sagen, anhand der Strategie, die ja ausgearbeitet wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die LDP hat sich Catherine Alioth gemeldet.

*Catherine Alioth (LDP):* Die LDP unterstützt das Ziel der Motion, die Ausbildungsquote auf Sekundarstufe 2 entscheidend zu erhöhen. Es ist unbestritten, wir haben es gehört, die Abschlussquote in Basel-Stadt ist zu niedrig und muss dringend verbessert werden. Die Frage ist: Hilft eine Ausbildungspflicht wirklich? Hier bleiben wir skeptisch, ob die Einführung einer Ausbildungspflicht tatsächlich der richtige Ansatz ist, um den bestehenden Herausforderungen zu begegnen.

Angesichts der vielfältigen Faktoren, die die Ausbildungsentscheidung junger Menschen beeinflussen, haben wir erhebliche Zweifel, ob eine Pflichtlösung der Schlüssel zu einer nachhaltigen Erhöhung der Ausbildungsquote sein kann. Wir anerkennen jedoch, dass die Förderung der Berufsbildung ein zentraler Bestandteil unserer Bildungsstrategie ist und dass das ED bereits mit grossem Engagement an diesem Thema arbeitet. Die laufenden Initiativen zeigen bereits Resultate, die in die richtige Richtung gehen. Ein umfassendes Angebot an obligatorischen und freiwilligen Massnahmen ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, sich gezielt auf die Berufswahl vorzubereiten und ihre individuellen Stärken zu erkennen.

Es ist wichtig, nicht nur auf kurzfristige Lösungen zu setzen, sondern eine nachhaltige und umfassende Strategie zu entwickeln, die die Jugendlichen in ihrer beruflichen Entwicklung nachhaltig unterstützt. Indem wir das bestehende System stärken und auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen, können wir langfristig positive Veränderungen bewirken und die Ausbildungsquote deutlich erhöhen. Ein wichtiger Aspekt ist, die Eigenverantwortung der Schülerinnen und



Schüler und deren Eltern zu stärken, um Jugendliche bestmöglich auf ihren beruflichen Weg vorzubereiten und damit einen erfolgreichen Eintritt in das Erwerbsleben zu ermöglichen.

Hier kann der Kanton seine Verantwortung wahrnehmen, indem er eine intensivere Begleitung als bisher anbietet. Das ist durchaus erkannt, denn das ED entwickelt im Rahmen des Projekts Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell (LiB) eine stufenübergreifende Gesamtstrategie mit verschiedenen Massnahmen und Initiativen. Bis Ende 2025 soll sogar ein Ausbildungsobligatorium in diesem Rahmen geprüft werden.

Wir erachten diese Aktivitäten als Moment ausreichend und als zielführend, die Massnahmen zur Erhöhung der Abschlussquote dann im Rahmen der Gesamtstrategie zu beurteilen. Oberstes Ziel ist die Wirksamkeit der Massnahmen und um wirksam zu sein, braucht es Willen, die Zeit und eine Strategie. Alle drei sind vorhanden. Wir glauben nicht, dass es dazu eine Motion braucht und bitten Sie deshalb, das Geschäft abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Nur ganz kurz, auch die Fraktion die Mitte/EVP möchte das Geschäft als Anzug Übermitteln.

Die Ausführungen von Catherine Alioth haben unterstrichen, warum eine Motion nicht angebracht ist. Das hat auch Sandra Bothe schon deutlich gemacht. Wir sind aber auch der Meinung, dass es als Anzug überwiesen und nicht abgeschrieben werden sollte, um auch gerade diese spezifische Idee auch im Rahmen der gesamten Abklärung bewusst weiterzuverfolgen und nicht aus den Augen zu verlieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, sind wir offen. Teile von uns möchten den Vorstoss als Anzug weiterbehandelt sehen und finden es in Ordnung auch, dass diese Frage des Ausbildungsobligatorium geprüft werden soll im Sinne eines Rechts auf Ausbildung. Ein anderer Teil, dazu gehöre auch ich, lehnt diese Motion auch nach Umwandlung in einen Anzug ab, auch das Ausbildungsobligatorium als Idee, weil wir davon ausgehen, dass dann immer auch die Möglichkeit besteht, repressiv damit umzugehen, und das möchte ich doch wirklich verhindern wollen, weil es natürlich bei der Sozialhilfe auch Menschen gibt und Jugendliche gibt, die zurzeit einfach nicht in der Lage sind, eine Ausbildung zu absolvieren, vielleicht auch nicht willens sind eine Ausbildung zu absolvieren, aus unterschiedlichen Gründen, auch vielleicht aus der sozialen Biografie hergeleitet. Und deswegen finde ich es ganz gefährlich, hier ein Ausbildungsobligatorium zu fordern.

Wenn dann jetzt trotzdem der Anzug so überwiesen wird, dann fände ich es sehr wichtig dem Regierungsrat auch diesen Aspekt mitzugeben, dass hier keine repressive Schiene aufgearbeitet werden kann und dann Jugendliche darunter leiden müssen, dass in ihrer schweren Situation, in der sie eh schon stecken, dann auch noch mit einem Ausbildungsobligatorium konfrontiert sind, was dazu führen wird, dass sie dann weniger Unterstützungsmassnahmen erhalten. Das ist sicher nicht der beste Ansatz.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Auch wir in der SP-Fraktion unterstützen die Überweisung als Anzug.

Wir sind alle dafür, dass die Abschlussquote erhöht werden muss und auch von Regierungsrat Mustafa Atici haben wir jetzt schon mehrmals gehört, dass das ihm wirklich ein grosses Anliegen ist und deshalb ist das Vertrauen auch sehr gross, dass das wirklich angegangen wird.

Wir finden es nachvollziehbar, dass es eine Gesamtstrategie braucht, bei der auch weiterhin das Obligatorium ein Teil der Überlegungen sein darf. Das darf es auch weiterhin sein. Und hier finde ich die Überlegung von Oliver Bolliger auch wertvoll, dass das natürlich mitgedacht werden muss, was dann passiert, wenn Jugendliche trotzdem irgendwie eine Lehre abbrechen oder die Schule abbrechen. Dass hier nicht repressiv vorgegangen wird, ist für uns auch selbstverständlich.

Ich habe es auch gehört von Catherine Alioth, dass sie auch dafür ist, dass es eine intensivere Begleitung dieser Jugendlichen braucht und hier sind wir uns sicher auch sehr einig, dass das ganz wichtig ist in der Ausarbeitung der Massnahmen.



Dann will ich noch ganz kurz daran erinnern, dass wir etwa vor einem oder zwei Monaten einen anderen Anzug von mir stehengelassen haben, den wir schon vor zwei Jahren überwiesen haben, der eigentlich genau das gleiche gefordert hat respektive dieses Thema zum Thema gemacht hat, und es wäre also nichts als konsequent, wenn wir auch diesen Vorstoss einfach als Anzug überweisen in dem Sinne, dass es wirklich politisch unterstützt wird, wenn der Regierungsrat hier vorwärts macht und klar wird, wohin die Reise gehen muss.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die SVP hat das Wort Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke für die Debatte. Ich habe gerade gestern zufälligerweise ein Video mit Regierungsrat Mustafa Atici gesehen, aufgenommen von der Roche. Sie mögen sich vielleicht erinnern, Sie haben dort ein Interview gegeben und Sie haben gesagt, Sie wollen, dass jeder in Basel-Stadt eine Ausbildung abschliesst. Und ich habe das gestern Abend lustigerweise so zur Kenntnis genommen und dann an diese Debatte von heute Morgen gedacht und mir dann überlegt, was das jetzt für meine Motion und auch für den Antrag des Regierungsrates bedeutet, das als Anzug weiterbehandeln zu wollen. Tatsächlich habe ich nicht das Gefühl, dass wir mit einer Überweisung als Anzug nichtserreichen, da bin ich auch bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern. Ich habe einfach ein Bauchgefühl, dass, wenn wir es als Anzug weiterlaufen lassen und nicht als Motion wir zu wenig Druck aufsetzen. Hier habe ich anders als vielleicht Sandra Bothe, etwas weniger Vertrauen, dass das, was ausgeführt wird im Bericht des Regierungsrates dann tatsächlich dazu führen wird, dass sich diese Abschlussquote auch verbessert, dass mehr junge Menschen in unserem Kanton auch tatsächlich eine Ausbildung, wie es Regierungsrat Mustafa Atici ja auch wünscht, abschliesst.

Wenn wir die Zahlen auf Seite 5 des Berichts anschauen, dann schleckt es keine Geiss weg, dass wir auf dem zweitletzten Platz sind und die Situation hat sich in den letzten Jahren eben auch nicht wesentlich verbessert. Es ist also keine neue Situation. Es ist auch kein neues Symptom, das wir hier bekämpfen wollen, sondern es ist eine langanhaltende schwierige Situation, die wir hier in diesem Kanton haben und der Regierungsrat, das Erziehungsdepartement hat schon seit Jahren quasi den Auftrag, weil sie sich ja auch selber das Ziel gegeben haben, die Abschlussquote zu erhöhen, hier Massnahmen zu ergreifen. Nun sind wir aus meiner Sicht an einem Punkt, wo wir feststellen müssen, dass diese Massnahmen einfach nicht ausgereicht haben.

Nun können wir mit gutem Glauben Regierungsrat Mustafa Atici vertrauen, dass er mit der Überweisung als Anzug das Geschäft trotzdem weiterhin so ernsthaft behandelt, dass sich die Abschlussquote oder die Situation verbessern wird, oder aber wir gehen einen Schritt weiter und wünschen uns vom Regierungsrat, dass er aufgrund der Zweitüberweisung dieser Motion rascher handeln muss, ein solches Ausbildungsbiligatorium einführen muss. Er muss ja dazu auch noch einmal an den Grossen Rat gelangen.

Die Bedenken, die auch Oliver Bolliger angeführt hat, müssen durchaus auch ernstgenommen werden, wie wir das, wenn wir ein solches Biligatorium hätten, in der konkreten Umsetzung dann auch bewerkstelligen wollen, dass auch die jungen Menschen mitgenommen werden, dass es nicht einen zu repressiven Charakter hat. Da sind wir selbstverständlich offen.

Wir glauben aber, es macht mehr Sinn, es jetzt als Motion weiter zu behandeln, um dem Regierungsrat hier auch wieder den Druck des Parlamentes zu übermitteln, dass wir wirklich wollen, dass sich diese Situation rasch stark verbessert. Ich glaube persönlich, dass der Anzug ein zu wenig starkes Mittel ist, auch wenn ich Vertrauen habe, dass der Regierungsrat vieles unternimmt, um es zu verbessern. Aber die letzten zehn Jahre zeigen einfach, dass das alles viel zu wenig war.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich Blicke jetzt auf zehn Jahre Mitgliedschaft in der Schulkommission der Gewerbeschule zurück und die letzten sechs Jahre als Präsident, und ich glaube, da bin ich in diesem Fall eher bei Oliver Bolliger. Mit Zwang und Druck werden wir in diesem Bereich also wirklich nichts erreichen. Da müssen wir wirklich aufpassen, dass es am Schluss nicht dazu führt, dass es noch viel mehr Abbrüche gibt, als wir eigentlich heute schon haben.

Die FDP ist offen. Ich bin eher für Abschreiben, aber wie Regierungsrat Mustafa Atici ausgeführt hat, kann er auch mit einem Anzug leben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Joël Thüring beantragt die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### Ergebnis der Abstimmung

**79 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006442, 10.04.25 11:57:12]

### Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 79 gegen 13 Stimmen für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Catherine Alioth beantragt die Nichtüberweisung. Auch hierüber stimmen wir ab.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**64 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006444, 10.04.25 11:57:54]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 64 gegen 27 Stimmen.

Wir schliessen für heute Morgen. Heute Nachmittag stelle ich den Antrag beziehungsweise habe ich entschieden, dass die Sitzung abgesagt wird. Wir haben nur noch etwa Material für eine Stunde und daher lohnt es sich wahrscheinlich nicht, dass Sie nochmals kommen. Gibt es hier einen Gegenantrag oder ist das in Ordnung so? Tonja Zürcher stellt einen Gegenantrag.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie einen freien oder einen Büronachmittag haben möchten. Ich wünsche mir das auch. Aber es gibt ein Geschäft, das Budgetpostulat für Plankton, und es macht schon etwas aus, wenn man dann irgendwann Mitte Jahr einmal erfährt, ob man das Geld bekommt oder nicht. Deshalb fände ich es toll, wenn wir heute Nachmittag diese Stunde noch machen könnten, dann haben wir auch eine grössere Sicherheit, dass wir dann nächsten Monat keine Nachtsitzung machen müssen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Oliver Thommen möchte sich auch dazu melden.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich wollte das gleiche sagen, wir sollten eine Sitzung machen heute Nachmittag und eher im Mai, wenn der ESC ist, weniger Sitzungen durchführen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Dann stimmen wir darüber ab.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie möchten anscheinend keinen freien Nachmittag. Es gibt 53 Stimmen für die Durchführung heute Nachmittag. Dann sehen wir uns um 15 Uhr wieder hier.

#### **Abstimmung**

JA heisst Durchführung der Nachmittagssitzung, NEIN heisst Absagen.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 30 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006446, ]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Nachmittagssitzung durchzuführen.

#### **Schluss der 11. Sitzung**

12:01 Uhr